



# Saar-Freund

Nachrichten  
aus dem  
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet  
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Einzelpreis 25 Goldpfennig.

Nummer 11  
6. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreislifte S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Lützow 3249. Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse G, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

Berlin  
1. Juni 1925

## Zum Bundestag in Hannover.

Als im Herbst 1921 der damalige französische Minister Loucheur nach seinen Wiesbadener Verhandlungen mit Rathenau über das bekannte Wiesbadener Abkommen das Saargebiet besuchte, die französischen Saargruben besichtigte hatte und mit Herrn Rault, dem dem Völkerbund verpflichteten Kommissar zur Verwaltung des Saargebiets, eine mehrstündige vertrauliche Besprechung hatte, da erteilte er ihm zum Schluss die eindringliche Mahnung, „sich stets dessen zu erinnern, was das Vaterland von ihm fordert.“ Und etwa ein Jahr später fand in der französischen Kammer eine recht lebhaft Saardebatte statt, in welcher der französischen Regierung und ihren Kommissaren im Saargebiet der Vorwurf gemacht wurde, daß sie im Saargebiet eine falsche Politik getrieben hätten. Die falsche Politik wurde nicht darin erblickt, daß sie auf Verwelschung des Saargebiets eingestellt war, sondern darin, daß man die Absicht der Verwelschung zu stark hatte erkennen lassen. Deshalb wurde die Regierung aufgefordert, ihre Saarmethoden abzuändern. Der Saarbevölkerung, die gute Deutsche seien, dürfe nicht fühlbar werden, daß man sie zu Franzosen machen will. Man müßte vielmehr erst das Saargebiet und damit seine Bevölkerung vom Deutschen Reiche lösen, weil ein von Deutschland losgelöstes Saargebiet leichter an Frankreich angegliedert werden könne, als wenn es noch mit ihm durch die verschiedensten Beziehungen zusammenhängt. Die neuen Annexionsmethoden müßten daher geführt werden nach der Parole: „Das Saarland den Saarländern!“

Wenn man sich diese beiden Vorgänge in ihren Endzielen vor Augen hält, dann erkennt man die ganze Gefahr, die dem Saargebiet durch die französische Politik droht. Der Auftrag Loucheurs an Rault und der französischen Kammer an die Regierung liegen in einer Linie und beweisen die enge Zusammenarbeit des Präsidenten der Saarregierung Herrn Rault mit jenen Kreisen, die auf die Annexion des Saargebiets ausgehen. Diese französische Annexionspolitik an der Saar wurde seinerzeit organisiert durch den französischen Putzmajor Richert, der entsprechend der Anregung der Kammer im Jahre 1922 den „Saarbund“ gründete und seine ganze Kraft gemeinsam mit Herrn Rault und der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken auf die Lösung des Saargebiets von Deutschland einsetzte.

Um die Absichten Frankreichs im Saargebiet in ihrer ganzen Tiefe zu erkennen, muß man sich ferner des Briefes erinnern, den der jetzige französische Außenminister Briand am 12. Januar 1917 an den französischen Botschafter in London richtete und worin er sagte: „... Wir hätten dann (nach der Annexion des Elsaß und Lothringens) geographisch

und montan das Saarbecken, dessen Besitz wesentlich ist für unsere Industrie.“ Der frühere Generalkonsul und Gesandte Alcide Ebrai sagt hierüber in seinem Buch „Der unsaubere Frieden“, daß das ursprüngliche Ziel der französischen Regierung war, das Saarbecken als Teil Elsaß-Lothringens für Frankreich zu annektieren und daß bei den Friedensverhandlungen die französische Delegation die größten Anstrengungen machte, um ihr Projekt der einfachen und klaren Annexion des Saargebiets zur Annahme zu bringen. Ebrai meint über die Regelung der Saarfrage, wie sie in Versailles erfolgte, mit guter Kenntnis der Dinge, „man darf sich fragen, ob die Macht der Umstände selbst Frankreich nicht dazu drängen wird, seinen alten Plan wieder aufzugreifen. Man hat den Eindruck, daß die Zwischenlösung die Erleichterung seines Vorhabens (nachträgliche Annexion) zum Ziel hat.“ Ebrai scheut sich sogar nicht, diese in Versailles vollzogene Zwischenlösung als verstecktes Mittel zu bezeichnen, um das, was man 1919 noch nicht wagte, weil es den Grundsätzen Wilsons zu sehr entgegen war, am Ende der 15 Jahre zu verwirklichen.

Ebrai spricht in seinem Buche also über die französischen Ziele an der Saar rückhaltlos das aus, was der einstmalige Pressechef des Herrn Richert über die Aufgaben der Saarregierung unter dem Vorsitz des Herrn Rault in folgenden Worten fleidete: „Die Regierungskommission ist bemüht, nachträglich das zu erreichen, was englischer Neid und amerikanische Mißgunst uns in Versailles nicht gewährte.“

Wir haben also vier einwandfreie Zeugen angeführt, die klipp und klar erklärten, daß sich Frankreich mit der getroffenen Saarregelung von Versailles nicht abfindet, sondern daß es die 15 Jahre, die dem Saargebiet als Abstimmungskampf auferlegt wurden, dazu benutzen will, wie seinerzeit Clemenceau es auslegte, „um die Zeit handeln zu lassen.“ Buchstaben und Geist des Saarstatuts sagen nun aber klar und deutlich, daß die Regelung für das Saargebiet getroffen wurde, um Frankreich für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich einen sofort realisierbaren Ersatz zu gewähren, aber die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung unter allen Umständen sicherzustellen. Es handelte sich im Grunde um nichts anderes, als um die Uebertragung eines rein materiellen Reparationsobjektes, durch das aber die Bevölkerung nicht in Mitleidenschaft gezogen werden sollte. Der Viererrat von Versailles hatte sich





Hauptbahnhof in Hannover.

sogar sehr energisch gegen den von der deutschen Friedensdelegation ausgesprochenen Gedanken gewehrt, daß die Bevölkerung an der Saar wie Schachfiguren auf dem Schachbrett hin und her geschoben würden. Angeblich gerade zum Schutze ihrer Rechte sei das Saarstatut aufgestellt worden, und auch die Festsetzung einer Volksabstimmung nach 15 Jahren sei vom Gesichtspunkt der völligen Achtung des Volkswillens an der Saar erfolgt. Damit vergleiche man den Loucheurschen Auftrag an Rault, die in der französischen Kammer ausgegebene Parole „Das Saarland den Saarländern“. Und dann lasse man sich fünf Jahre Völkerbundsarbeit an der Saar unter dem Regime des Herrn Rault einmal im Geiste vorüberziehen.

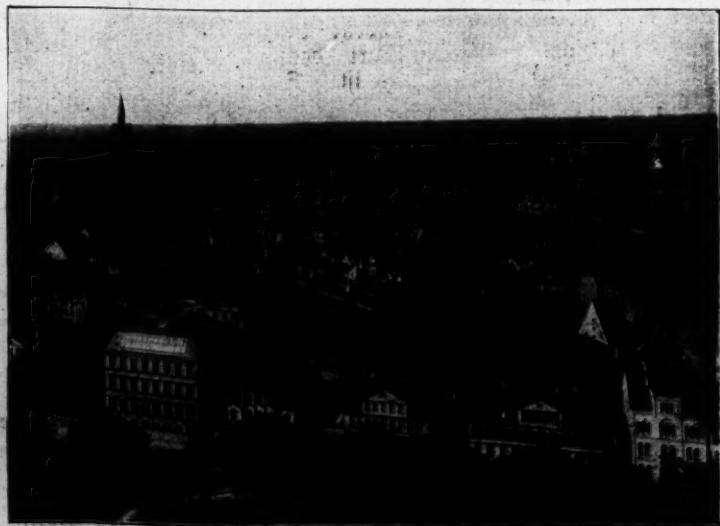
Gerade in diesen Tagen ist wieder viel von dem „guten Willen“ die Rede, dem guten Willen zur Vertragserfüllung, zur endlichen Schaffung des Friedens, zur Völkerveröhnung. Derselbe französische Ministerpräsident, der im Jahre 1917 die Annexion des Saarbeckens „aus geographischen und montanen Gründen“ betrieb, hat am 26. Mai d. J. im Senat eine große Rede gehalten, in der er davon sprach, daß Frankreich genügend „Beweise seiner Friedensliebe“ (!) gegeben habe und daß all seine Maßnahmen darauf gerichtet seien, Achtung vor den Verträgen zu bewahren! Die Achtung vor den Verträgen! Wer muß es nicht als bittere Ironie empfinden, wenn er solche Worte aus dem Munde Briands hört und sich vergegenwärtigt, daß der Rechtsbruch im Ruhrgebiet noch immer nicht sein Ende gefunden hat, daß der Raub Oberschlesiens sogar eine Versteifung durch den von Frankreich erstrebten Sicherheitspakt finden soll, und daß das Saarstatut infolge der Maßnahmen und Auslegungskünste der Saarregierung nur noch ein Sieb darstellt. Wer heute sich über den in der Welt herrschenden Geist unterrichten will, der braucht nur ins Saargebiet zu gehen und dort Vertragstext und Vertragsanwendung an Hand der Tatsachen vergleichen.

Als vor wenigen Wochen der Reichsverband der Deutschen Presse seine Hauptversammlung in Saarbrücken abhielt, wurde von den Vertretern der saardeutschen Presse darüber geklagt, daß die reichsdeutsche Presse bisher so wenig Verständnis für das Saargebiet bekundet habe, und daß man es in wichtigen entscheidungsreichen Stunden sich selbst überließe. Der Vertreter eines großen Berliner Demokraten-Blattes glaubte nach einigen Verlegenheitsphrasen eine Erklärung für die Haltung der reichsdeutschen Presse damit geben zu sollen, daß er sagte, Deutschland und die deutsche Presse sei von der Treugesinnung des Saargebiets so überzeugt, daß man es geradezu für eine Beleidigung der Saargebietsbevölkerung halten würde, wenn man den Kampf um die Deutscherhaltung des Saargebiets mehr von Deutschland als vom Saargebiet aus betreiben würde. Das homerische Gelächter der ganzen Versammlung bewies bereits dem Herrn, wie wenig ernsthaft man seine Ausführungen gehalten hat. Und dennoch hat uns die Bemerkung dazu veranlaßt, zu prüfen, ob sie eine gewisse Berechtigung hat. Genau genommen, müßte man diese Frage darauf abstellen, inwieweit die Tätigkeit des „Saarverein“

eine Berechtigung hätte, wenn der Ausspruch des Berliner Pressevertreters berechtigt wäre. Wir hatten vor wenigen Tagen Gelegenheit, aus Anlaß der Einweihung des Deutschen Auslands-Instituts in Stuttgart zahlreiche Vertreter des Auslandsdeutschtums kennenzulernen, die uns von ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer deutschen Art erzählten. Bei allen war die eine Klage immer wieder vorherrschend, daß man in Reichsdeutschland und seiner Presse so wenig Verständnis für diese schweren Kämpfe des Auslandsdeutschtums hat. Das Saargebiet wehrt sich selbstverständlich dagegen, etwa zum Auslandsdeutschtum gerechnet zu werden. In der Vertretung seiner deutschen Interessen durch die reichsdeutsche Presse aber hat es mit den Auslandsdeutschen das gleiche Schicksal: das Nicht-gekannt-sein, das Nicht-verstehen-wollen, das Sich-selbst-überlassen-sein. Und weil es leider so ist, deshalb ist die Arbeit des Bundes „Saarverein“ von so außerordentlicher Bedeutung. Und hätte diese Arbeit auch keine andere Aufgabe, so doch zum mindesten die, das Gewissen des deutschen Volkes seinen Verpflichtungen dem Saargebiet gegenüber täglich aufs neue zu schärfen. Daß sie aber nicht nur diese Aufgabe zu erfüllen hat, sondern viel weitergehendere, viel ernstere, viel politischere, das beweist die Einstellung Frankreichs und des Völkerbundes dem Saargebiet gegenüber und seiner Zukunft.

Und so versammeln sich die Vertreter, Mitglieder und Freunde des Bundes Saarverein in den nächsten Tagen in Hannover, um wieder einmal Rechenschaft zu geben und zu verlangen über das, was geleistet wurde und was zu tun übrigblieb. Trotz der offenbar großen Erfolge, auf die der Bund und die Geschäftsstelle „Saarverein“ auch im vergangenen Jahr zurückblicken können, muß dennoch diese Arbeit klein und fast aussichtslos erscheinen angesichts der außerordentlich starken Wühlarbeit der französischen Propaganda, die sich nicht nur durch die von dem Major Richert geschaffenen Organisationen offenbart, sondern in viel ernsteren Maße durch die Franzöisierungspolitik der Saarregierung gekennzeichnet wird. Für die Saarregierung gilt, wie vor vier Jahren, auch heute noch der Auftrag des Herrn Loucheur an Herrn Rault, es gilt noch heute für die unter den Anweisungen Richerts arbeitenden Scheinorganisationen die Parole: „Das Saarland den Saarländern“, es gilt fernerhin das, was der jetzige französische Außenminister Briand im Jahre 1917 als Ziel der französischen Politik aufgestellt hat: die Annexion des Saargebiets trotz Vertrag von Versailles.

Diese Feststellungen müssen die Grundrichtung abgeben für unsere Tagung in Hannover. Wir müssen uns klar darüber sein, daß der Kampf noch nicht gewonnen ist. Daß er weiter geführt werden muß mit allen Kräften und allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Dabei sollte uns der eine Gedanke leiten, daß das Saargebiet wie einstmal Elßaß-Lothringen Reichsland geworden ist, Reichsland in dem Sinne, daß jeder einzelne, welcher Standes, Stammes, Berufs und welcher Partei er auch sei, die Pflicht hat, sich an dem Kampf um die Deutscherhaltung des Saargebiets zu beteiligen. Ein bekannter Gewerkschaftsführer des Saar-



Stadt Hannover.



gebiets hat vor Monaten einmal das außerordentlich inhaltreiche Wort ausgesprochen: „unser ganzes Tun und Trachten muß darauf gerichtet sein, zum deutschen Vaterland zurückzukehren, ohne danach zu fragen, ob dieses Deutschland ein Kaiserreich oder ein kommunistisches sein wird. Wir wollen nur Deutsche sein, Deutsche im besten Sinne, Deutsche ohne Parteiwägungen!“ Das ist ein Wort, das gerade in diesen Tagen recht viele beherzigen sollten, das auch diejenigen beherzigen sollten, die gar zu sehr geneigt sind, die Saarfrage zu einer Parteifrage zu machen. Das Saargebiet soll Reichsland sein, ohne das wir fragen dürfen, ob dieses Reichsland unter Schwarz-Weiß-Rot oder unter Schwarz-Rot-Gold kämpft. Erst wenn alle Glieder des Deutschen Reiches innerhalb und außerhalb der jetzt gezogenen Grenzen wieder ein Volk, ein Volksdeutschum geworden sind, erst dann ist die Zeit gekommen, wo wir daran denken dürfen, uns unser Heim, unser deutsches Heim, so einzurichten, wie es uns gefällt.

Nach den Worten des Reichswehrministers Dr. Geßler wie auch des Reichskanzlers a. D. Marx werden die Farben Schwarz-Rot-Gold nicht dadurch geehrt, daß man die alten Farben Schwarz-Weiß-Rot in den Rot zieht. Wenn wir den Kampf so führen wollen, daß wir uns selbst in der Feuerlinie gegenseitig nicht nur parteipolitisch, sondern auch in der Farbenfrage bekämpfen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn der Kampf matt, die Erfolge ungewiß sind und der Gegner sich täglich anspruchsvoller gebärdet. Darum fort mit dem Flaggenstreit von unserer Bundestagung, hinein in die Kampfreihen, die für ein einiges Deutschland, für ein Volksdeutschum eintreten und die das Saargebiet dem deutschen Vaterland erhalten wollen, gleichviel ob unter Schwarz-Weiß-Rot oder unter Schwarz-Rot-Gold.



Technische Hochschule in Hannover.

Wie wir schon bei früheren Gelegenheiten erklärt haben, sind unsere Bundestagungen keine Vergnügungsveranstaltungen, sondern Tage ernster Arbeit, gewissenhafter Prüfung und treuen Bekenntens zum Kampf für die Deutscherhaltung des Saargebiets. Das muß die Richtschnur sein für alle, die nach Hannover gehen, das muß der Wille sein, der alle beherrscht, wenn es gilt, neuen Mut und neue Kraft zu schöpfen, neues Rüstzeug zu empfangen für den Kampf um unsere Saarheimat.

In diesem Sinne allen Freunden und Mitarbeitern ein herzliches

„Glück auf!“

## Die Saarregierung gegen Völkerbund und Verständigungspolitik.

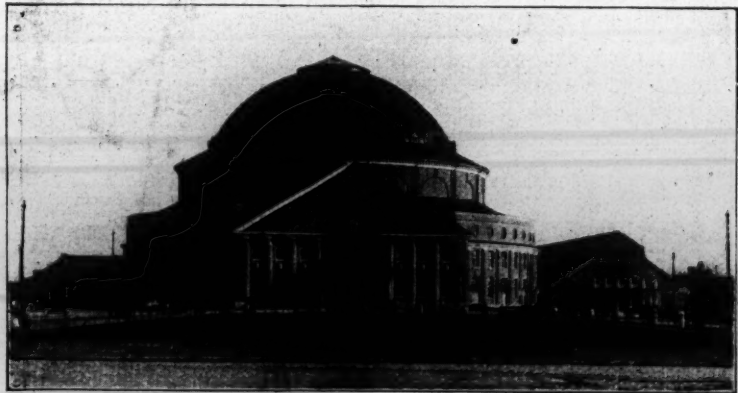
Es vergeht kein Tag, an dem nicht aus dem Lager der Entente der Ruf nach Deutschlands Eintritt in die Gesellschaft der Nationen, den sogenannten Völkerbund, ertönt. Man unterläßt es dabei nicht, in der ganzen Welt den Eindruck hervorzurufen, daß Deutschland böse Hintergedanken, zum mindesten aber mangelnden Friedenswillen habe, weil es diesem Ruf nicht bedingungslos Folge leisten will. Wir wollen heute auf die von Deutschland im Hinblick auf seine Position nach einem Eintritt in den Völkerbund geltend gemachten Widersprüche, wie sie z. B. in der Frage einer Teilnahme Deutschlands an kriegerischen Aktionen in dem Memorandum der deutschen Regierung zum Ausdruck gebracht wurden, nicht näher eingehen. Die vergangene und gegenwärtige Politik des Völkerbundes bietet genügenden Stoff zu kritischen Betrachtungen.

Es zweifelt kein vernünftiger Mensch in Deutschland heute daran, daß die Idee des Völkerbundes etwas Großes und Erhabenes ist und daß ihre Verwirklichung im tiefsten Sinne des Schweiges der Edlen wert ist. Wenn die geistige Grundhaltung bezeichnet werden soll, in der, von einem praktischen Gesichtspunkt aus betrachtet, die Idee des Völkerbundes verankert sein muß, damit sie wirklich lebensfähig wird, dann könnte man sagen, daß es der ehrliche Wille zur Verständigung ist. Dieser vorhandene oder nicht vorhandene Verständigungswille ist das Kriterium, an dem der Wert des Völkerbundes in seiner heutigen Gestalt zu messen ist. Schöne Friedensprogramme und Reden nützen Deutschland und der Welt gar nichts,

wenn ihre Verwirklichung nicht mit Ernst gewollt wird. „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ heißt es und man sollte dabei an die Achtung vor dem geschichtlich Gewordenen und organisch Entwickelten denken. Gegen diesen Geist verstieß der Völkerbund schon in einer seiner ersten Handlungen, als er seinen Spruch über Oberschlesien gegen den durch die Abstimmung klar zum Ausdruck gebrachten Volkswillen fällte. Wollte man diese für das Ansehen des Völkerbundes geradezu katastrophale Niederlage mit dem Hinweis auf die Nachkriegspsychose erklärlich machen, so würde man doch verlegen sein, wenn man heute nach 5 Jahren erfahren muß, daß die dominierende Macht im Völkerbund, Frankreich, den Gedanken an eine Wiedergutmachung dieses Unrechtes scharf ablehnt. Jeder rechtlich Denkende hat die Unhaltbarkeit der Entscheidung über Oberschlesien längst eingesehen, aber trotzdem ist der Wille zu einer friedlichen Verständigung mit Deutschland über diese Frage immer noch nicht wach geworden. Wie lange noch?

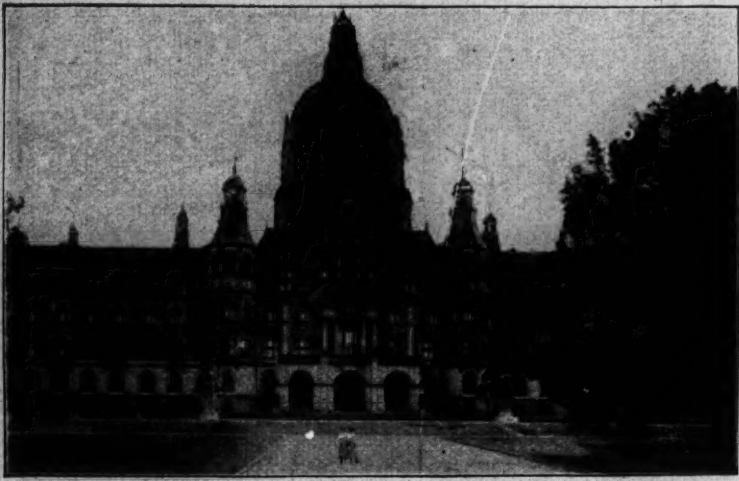
Die Art der Behandlung der Danziger Briefkastenaffäre durch den Völkerbund, — der jeder klaren Entscheidung aus dem Wege geht, — läßt heute schon erkennen, daß man in Genf dem Mächtigen nicht entgegenzutreten wagt und ihm daher, wenn auch verfläuselt, recht gibt. In einer Zeitungsmeldung aus London über das Programm der nächsten Völkerbundstagung heißt es, daß der Rat zur „Vermeidung von Komplikationen“ (offensichtlich mit Frankreich und Polen) die Hafengrenze so weit in Danzig ziehen wird, daß sie das Gebiet umfaßt, in dem die Polen vor 3 Monaten nach der eignen Meinung des englischen Völkerbunds-kommissars von Danzig widerrechtlich ihre Briefkästen anbrachten. Bedeutet das nicht eine glatte Kapitulation vor den durch Frankreich gestützten polnischen Ansprüchen?

Nicht besser steht es mit dem Saargebiet, dem angeblichen „Aktivposten des Völkerbundes“, der kürzlich noch in der amerikanischen Presse der „heiße Spriker“ in Europa genannt wurde. Die Behandlung der Saarfrage in Genf ist der beste Maßstab für den guten Willen des Völkerbundes, den Frieden in Europa zu fördern. Er glaubte es nun schon 5 Jahre mit seinem Prestige vereinbaren zu können, daß sich französisches Militär noch im Saargebiet aufhält, obwohl der Versailler Vertrag diesem Zustand ausdrücklich widerspricht. Woher soll Deutschland den Glauben an den ehrlichen Verständigungswillen des Völkerbundes nehmen, wenn es auch im Saargebiet erleben muß, daß der Völkerbund feierlich unterzeichnete Vertragsbestimmungen nach Belieben außer Kraft setzt? Hat der Völkerbund nicht den Mut, mit Deutschland jetzt eine Verständigungspolitik zu treiben, so wird er es auch nach Deutschlands Beitritt nicht tun, dieses von den Gegnern eines bedingungslosen Völkerbundeintrittes Deutschlands vor-



Stadthalle in Hannover.





Neues Rathaus in Hannover.

gebrachte Argument ist sehr begreiflich. „Die Theorie von Genf stimmt mit der Praxis der Regierungskommission in Saarbrücken nicht überein“, diese von einem Zentrumsabgeordneten kürzlich gemachte Feststellung trifft den Kern der Misere: Worte, aber keine Taten!

In jüngster Zeit hat die Regierungskommission des Saargebietes — um nur ein Beispiel anzuführen — durch das Verbot der Schulfeiern sowie das für ihre Beamten erlassene Verbot der privaten Teilnahme an den Vorbereitungen der Rheinischen Jahrtausendfeier, die auch im Saargebiet festlich begangen werden wird, einen neuen Beweis dafür geliefert, daß ihr der unbedingt notwendige Verständigungswille abgeht. Kann es für die Ausbreitung der Friedensstimmung förlicheres geben, als wenn eine landfremde Regierung die Feier eines Festes erschwert bzw. verbietet (was die Schulen anbetrifft), das dem innersten Gefühl der ganzen Saarbevölkerung Ausdruck verleiht: Dem Gefühl der Freude und des Stolzes über die Zugehörigkeit zu einem national

begrenzten und ebenso national bedingten Kulturkreis. Diese nationale und kulturelle Zugehörigkeit des Saarpvolkes zu dem großen Deutschen Reich ist eine geschichtliche Tatsache, die sich weder durch Dekrete noch durch die verhängnisvolle Lüge Clemenceaus von den 150 000 Saarfranzosen abändern läßt. Jeder Eingriff in diese lebendigen nationalen und kulturellen Zusammenhänge, jeder politische Druck hat im Saargebiet bisher nur den Erfolg gezeitigt, das Gefühl der Verbundenheit mit dem deutschen Rheinland und dem großen Vaterland bewußter werden zu lassen. Andererseits aber trägt das Verbot zu einer unnötigen Verbitterung weiter Kreise bei. Wie leicht wäre es der Regierungskommission gewesen, durch einfache Duldung des Festes einen Beweis echter Neutralität zu liefern.

Der französische Präsident der Regierungskommission versucht sein Verbot an die deutsche Beamenschaft des Saargebietes mit der Respektierung der Neutralität zu begründen, die der Friedensvertrag im Saargebiet erfordere. Aber dieses sind leider nur Vorwände, denn derselbe vom Völkerbund eingesetzte Präsident hat es bisher mit seiner Neutralität ohne weiteres im Einklang bringen können, an den französischen Truppenparaden anlässlich des französischen Nationalfeiertages regelmäßig in voller Gala teilzunehmen. (Es existiert davon eine Photographie, die Herrn Kault mit der Schärpe des Ritters der Ehrenlegion gekrönt zeigt und deren Vorhandensein ihm sehr peinlich sein soll.) Der erste verantwortliche Beamte des Völkerbundes im Saargebiet läßt also zweierlei Recht dort gelten: die deutschen Beamten, die als deutsche Staatsbürger — deren Staatszugehörigkeit durch den Versailler Vertrag ausdrücklich aufrechterhalten wird — daselbe Recht fordern, das Herr Kault als Franzose ohne weiteres für sich beansprucht, setzen sich der Gefahr einer Bestrafung aus.

Im Interesse des Friedens muß man an den Völkerbund die Frage richten, ob er, der für diese offene Friedenssabotage auch im Saargebiet die Verantwortung trägt, bereit ist, seinen guten Willen dadurch zu beweisen, daß er diesen Zuständen endlich ein Ende bereitet. Der Völkerbund hat es selbst in der Hand, durch seine Taten Beweise ehrlichen Friedenswillen zu liefern, ohne die Deutschlands Beitritt billigerweise nicht erwartet werden kann.

(Dr. A.-W.)

## Das Saargebiet unter Völkerbundsverwaltung.

### Der Schiedsgerichtsgedanke im Saarstatut des Vertrages von Versailles.

Dem zur Verwaltung des Saargebietes eingesetzten Regierungsausschuß als Vertreterin des Völkerbundes sind nicht nur alle Regierungsbefugnisse übertragen worden, die dem deutschen Reich, Preußen und Bayern zustanden, einschließlich des Rechtes, Beamte zu ernennen und abzusetzen, sondern

„der Regierungsausschuß ist auch ermächtigt, alle Fragen, zu denen die Auslegung des Saarstatuts Anlaß geben könnte, zu entscheiden.“

Frankreich und Deutschland erkennen an, daß jeder Streit, der auf einer verschiedenen Auslegung der Bestimmungen über das Saargebiet beruht, gleichfalls dem Regierungsausschuß zu unterbreiten ist. Seine mit Stimmenmehrheit getroffenen Entscheidungen sind für beide Länder bindend.“

Bei einem aus 5 Personen bestehenden Schiedsgericht müßte der Völkerbundsrat bedacht sein, daß das Schiedsgericht so zusammengesetzt ist, daß seine Entscheidungen den Anspruch auf strengste Unparteilichkeit machen und als wirkliche Urteile anerkannt werden können. Die Handhabe dazu bieten die Bestimmungen des Saarstatuts, denn das Schiedsgericht soll sich zusammensetzen aus einem „Franzosen, aus einem aus dem Saargebiet stammenden dort anässigen Nichtfranzosen und aus 3 Mitgliedern, die drei anderen Ländern, als Frankreich und Deutschland angehören“. Da alle von dem Schiedsgericht zu entscheidenden Streitigkeiten ausschließlich Frankreich und Deutschland einschließlich des Saargebietes betreffen, ist also die Möglichkeit gegeben, daß ein Unparteiischer, dem gegebenenfalls der Ständescheid zusteht, den Vorsitz führen kann, während dem Vertreter des Saargebietes und Frankreichs gleichmäßig die Rolle als Befizer zukommt.

Tatsächlich aber hatte in den letzten 5 Jahren der Vertreter Frankreichs in allen Fällen, in denen über wichtige das Saargebiet oder das übrige Deutschland betreffende Fragen entschieden wurde, den Vorsitz und gab bei Stimmengleichheit zugunsten der Interessen seines Landes den Ausschlag. Aus dieser natürlichen und jedem gesunden Rechtsempfinden widerstrebenden Zusammensetzung des Schiedsgerichts sind auch die die Interessen der Saarbevölkerung schädigenden und zugunsten Frankreichs getroffenen Entscheidungen des Regierungsausschusses zu verstehen. Aus dieser Zusammensetzung des Schiedsgerichtes kamen die Entscheidungen über die Gleichstellung der französischen Schulen mit den deutschen Schulen,

die Einführung des französischen Franken als alleinige gesetzliche Währung im Saargebiet, die Auslegung des Begriffes „Zollsystem“ als „den Inbegriff sämtlicher französischer Zollgesetze“, dessen Folge die Aufgabe der Steuerhoheit des Saargebietes werden wird, u. a. zustande.

Wie gefährlich Deutschland die Zusammensetzung des Schiedsgerichtes in dieser Form werden kann, sei an einem Beispiel gezeigt. In § 4 des Saarstatutes garantiert Frankreich den Saarbergarbeitern die knappschaftlichen Bezüge. Dafür soll Deutschland an Frankreich die „mathematischen Reserven“ abführen. Ueber die Auslegung dieser Bestimmung besteht zwischen der deutschen und der französischen Regierung keine Übereinstimmung. Frankreich schätzte seinerzeit die Höhe der mathematischen von Deutschland zu zahlenden Reserven auf etwa 256 Millionen Goldmark. Da wegen der schulden- und lastenfreien Uebertragung der Gruben an Frankreich Deutschland noch andere Verpflichtungen aus dem Grubenbetrieb hat und der Wert der abgetretenen Gruben auf etwa 380 Millionen Goldmark durch die Reparationskommission geschätzt wird, könnte Deutschland auf die Gutschrift des Wertes der Gruben verzichten. Die entsprechende Entscheidung über diese wohl als unverständlich zu bezeichnende Forderung lag bis jetzt bei der Regierungskommission. Frankreich hat nach An-



Villa Hindenburg in Hannover.

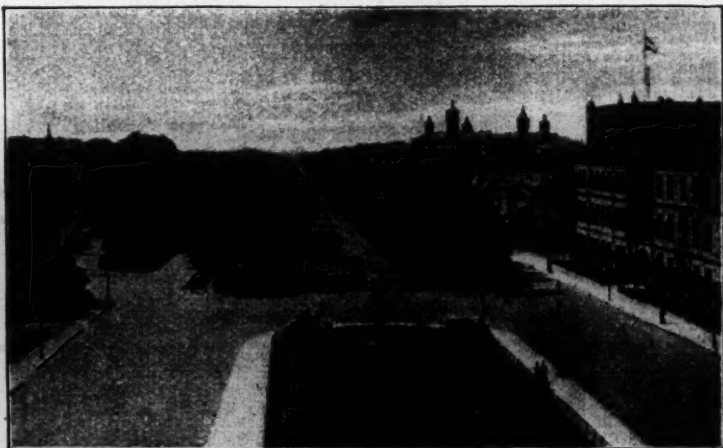


nahme des Dawesgutachtens kein Interesse mehr an einer für es günstigen Entscheidung, die den Saarbergarbeitern zugute kommen würde, weil die Befriedigung derselben aus den Gesamteinnahmen des Reparationsfonds zu geschehen hätte. Die Zusammensetzung der Regierungskommission, über die erneut der Völkerbundsrat zu entscheiden hatte, ist daher auch unter diesen Gesichtspunkten zu beurteilen.

★

### Saargebiet und französische Truppen.

Ein englischer Beobachter hat unter dem Eindruck von Chamberlains Genfer Rede über das Protokoll eine Verminderung des moralischen Prestiges Großbritanniens feststellen zu können geglaubt. Es hat auch nicht an Stimmen gefehlt, die die verschiedene Haltung der britischen und der kanadischen Regierung zum obligatorischen Schiedsgericht betonten. Das sind schließlich innerbritische Angelegenheiten, die die Freunde der Schiedsgerichtsbarkeit erst zu bewegen brauchen, wenn London die friedliche Schlichtung von Streitfragen in einem konkreten Fall verweigern sollte. Es gibt jedoch ein Problem, das die am Völkerbund interessierte Welt direkt angeht, und das über den feierlichen Erklärungen zum Genfer Protokoll reichlich vernachlässigt worden ist, nämlich das Saarregime. Bevor Herr Austen Chamberlain nach Genf fuhr, ist er im Unterhaus wegen der Abmachung interpelliert worden, die er mit Herrn Herriot über die Wiederwahl des Präsidenten der Regierungskommission getroffen hatte. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat diese Vereinbarung nicht in Abrede gestellt. Er hat vielmehr zu seiner Verteidigung angeführt, daß er zwar früher ein Gegner des Herrn Rault gewesen sei, jedoch nach einer Zwiesprache mit dem Präsidenten der Saarregierung einen besseren Eindruck empfangen habe. Dieses Verständnis wird diejenigen nicht erstaunen, die Herrn Rault kennen. Der französische Staatsrat pflegt sich als alter Freund des Völkerbundgedankens vorzustellen und seine Ideale mit einer Berufung auf Herrn Leon Bourgeois zu bekräftigen. Indessen stehen nicht die Gefinnungen, sondern die Taten Herrn Raults im Spiel, und von den letzteren scheint selbst Herr Chamberlain nicht ganz befriedigt zu sein. Der britische Delegierte wünschte die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet, und der Völkerbundsrat gab Herrn Rault die Frage mit nach Saarbrücken, wie nach der Räumung die Ordnung im Gebiet aufrechterhalten werden sollte. Das ist ein gefährlicher Kompromiß. Herr Rault hat stets den Standpunkt vertreten, daß er eine Besatzung brauche; falls den Völkerbund die französische nicht passe, so möge er ihm eine internationale zur Verfügung stellen. Diese Argumentation widerspricht dem klaren Wortlaut des Saarstatuts, das ausdrücklich zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine örtliche Gendarmerie und kein Militär, weder einheimisches noch fremdes, vorsieht. Wenn es einem Verwaltungsmann in fünf Jahren nicht gelingt, eine Gendarmerie zu schaffen, obwohl er dabei auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen könnte, so ist er seiner Aufgabe nicht gewachsen. Man braucht gar nicht zu untersuchen, ob dieses Verlagen auf Absicht oder mangelnder Organisationskunst beruht. Fünfzehn Jahre soll die Völkerbundsverwaltung im Saargebiet dauern. Ein Drittel dieser Aera ist vorbei. Da scheint es wieder einmal an der Zeit, mit allem Ernst und Nachdruck auf den internationalen Skandal hinzuweisen, den die flagrante Mißachtung des Saarstatuts durch den Präsidenten der Regierungskommission bedeutet. Es ist tief zu bedauern, daß Herr Herriot sich nicht entschließen mochte, seinen demokratischen Willen auf einem Gebiet zu betätigen, das ohne große Mühe zu einem Ruhmestitel für den Völkerbund gemacht werden könnte. Hier bleibt ein wahrhaft staatsmännischer und europäischer Akt zu vollbringen, der das Vertrauen in die Liga in ungeahntem Maße stärken würde.



Herrenhäuser-Allée (Aufstellung des Festzuges) in Hannover.



Hotel Luitpold (in welchem die Vertreter-Versammlung usw. stattfindet) in Hannover.

### Die Untätigkeit der Regierungskommission auf sozialpolitischem Gebiet.

Der Ortsausschuß Saarbrücken im Deutschen Gewerkschaftsbund hielt unter dem Vorsitz von Landessekretär Hillenbrand eine Vorstandskonferenz ab, deren Hauptgegenstand die Besprechung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeitnehmer des Saargebietes bildete, sowie die Tätigkeit der Regierungskommission auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiet. Den einleitenden Bericht erstattete Gewerkschaftssekretär Jakob Micheli, der in der Hauptsache folgendes ausführte:

Als im vergangenen Sommer die Röhlingschen Eisenwerke ihren Betrieb schlossen, da verkündete die sozialdemokratische „Volksstimme“ der aufhorchenden Arbeiterschaft, daß der Präsident der Regierungskommission Herr Rault von demokratisch-sozialer Gesinnung befeelt sei, und daß dieser das Jahr 1924 zu einem sozialen Jahr machen wolle. Diese Botschaft löste bei Menschen, denen der tiefere Blick für unsere Lage und für die Art, wie Franzosen Politik zu machen verstehen, abgeht, gewisse Hoffnungen aus. Die christlichen Gewerkschaften haben die von der Sozialdemokratie geweckten Hoffnungen nicht geteilt, sie erkannten in dem Vorgehen der Regierung ein politisches Manöver, wie wir deren im Laufe der letzten Jahre hinreichend erlebt haben. Die Auffassung der christlichen Gewerkschaften erwies sich als richtig.

Auf arbeitsrechtlichem Gebiet wurde außer einer Verordnung über Arbeitszeit nichts geschaffen. Diese Verordnung aber ist so gestaltet, daß die Unternehmer sehr leicht eine Verlängerung der Arbeitszeit durchführen können. Beispiele dafür konnte der Redner anführen. Die Vorlage der Regierung über Arbeitskammern war völlig unbrauchbar. Der Landesrat arbeitete sie in seinem Gutachten vollständig um, und seitdem „ruht“ sie im Schoße der Regierungskommission. Die immer wiederholten Forderungen auf Ausbau der Schlichtungsausschüsse blieben unberücksichtigt.

Die Sozialversicherung wurde vom Redner in allen ihren Teilen ausführlich behandelt und der Nachweis geführt, daß die Regierungskommission hier erst recht versagt hat. Während im Reich das Krankengeld nach dem wirklichen Arbeitsverdienst berechnet wird, sei hier der Grundlohn auf 12 Fr. festgesetzt. Bei der Unfallversicherung beträgt die Drittelingengrenze im Reich 1800 M., während wir auch nach der Erhöhung im Saargebiet erst auf 3600 Papierfranken stehen. Eine ähnliche ungünstige Entwicklung weist die Angestellten-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, desgleichen die Erwerbslosenfürsorge auf.

Die völlig unzureichende soziale Fürsorge trifft die Arbeitnehmerschaft des Saargebietes um so härter, als diese infolge der ungenügenden Entlohnung keinerlei Rücklagen für die Tage der Krankheit und des Alters machen kann. Der Redner kam zu dem Schluß, daß die Regierung ihre Versprechen in keiner Weise gehalten hat. Wenn die Regierungskommission einmal ernstlich zeigen wollte, daß sie wirklich gewillt wäre, das Saargebiet in loyalen Geiste zu verwalten, daß sie wirklich gewillt wäre, uns Gerechtigkeit zu erweisen bei Beurteilung unserer Auffassungen und Handlungen, dann würde sie jedenfalls auch die verständnisvolle Unterstützung der Saarbevölkerung finden. Solange sie dies aber nicht tut, wird sie uns als Deutscher Gewerkschaftsbund in Kampfstellung finden, denn wir werden unter keinen Umständen unsere Rechte auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete freiwillig preisgeben. Im Gegenteil, wir werden unentwegt für unsere Rechte kämpfen, denn nur der Kampf verbürgt den Sieg.

An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine ausgedehnte Aussprache, an der sich neben den Gewerkschaftsführern Mitglieder des Landesrates und eine Reihe Vertreter



beteiligten. Ueberzinstimmend kam die Meinung zum Ausdruck, daß die Arbeitnehmerschaft des Saargebietes von der Regierungskommission recht wenig zu erwarten habe. Nach wie vor erblicke sie ihre Hauptaufgabe darin, der französischen Grubenverwaltung und den französischen Kapitalisten die Ausbeutung der Saarbevölkerung zu erleichtern. Aus diesem Grunde würden die Gutachten des Landesrates mißachtet und die Sozialversicherung rückwärts entwickelt. Der Völkerbund kümmere sich um die Lage der Arbeiterschaft überhaupt nicht. Die einzigen Waffen seien die gewerkschaftlichen Organisationen, mit deren Hilfe sich die Arbeitnehmerschaft des Saargebietes für die Dauer der Fremdherrschaft ihre Rechte Schritt für Schritt zu erkämpfen habe.

\*

### Die Regierungskommission ohrfeigt sich selbst.

Wir haben seinerzeit berichtet, daß die Beamten des Saargebietes gegen die Regierungskommission wegen Festsetzung ihrer Gehaltsbezüge klagbar geworden waren. Das Landgericht in Saarbrücken hatte im März d. Js. den Klageanspruch der Beamten für berechtigt erklärt, der dahin geht, die Gehälter der Saargebetsbeamten denen der deutschen Reichsbeamten gleichzustellen, entsprechend einer Entscheidung der Regierungskommission, die sie auf Grund gesetzlicher Bestimmungen getroffen hatte, als es sich darum handelte, die Frankenzahlung an die Beamten zu erzwingen. Der

Ausgang der Verhandlung vor dem Obergericht Saarlouis kommentierte vielsagend die Bemerkung des Saarfuriers gelegentlich der Verurteilung seines Chefredakteurs Schöttler zu 3½ Jahren Gefängnis, daß die Schaffung eines internationalen Obergerichts einer unbedingten Notwendigkeit entsprach. Der Notwendigkeit nämlich, in allen Fällen, wo es sich darum handelt, der Saargebetsbevölkerung das restliche bißchen Recht, das ihr geblieben, noch zu nehmen. Das Obergericht in Saarlouis stellt — das andere haben bisher seine sämtlichen Entscheidungen ergeben — nichts anderes als ein gefügiges Werkzeug der französischen Annexionspolitik im Saargebiet dar. Nicht um das Recht geht es, sondern um die politischen Ziele, die sich Frankreich und mit ihr die Saarregierung im Saargebiet gesteckt haben.

Während das Landgericht in seinem Urteil vom 10. März den Klageanspruch der Beamten für berechtigt erklärte, stellte sich das Obergericht auf den Standpunkt, daß an sich für die Regierungskommission die Pflicht besteht, die Gehälter der übernommenen Beamten denen des Reiches, bzw. denen der Länder, gleichzustellen. Dieser Pflicht der Regierungskommission stehe aber kein klagbarer Anspruch der Beamten gegenüber, da der Anspruch mit Willen des Gesetzgebers unmittelbar aus dem Gesetz hervorgehen müsse. Das sei nicht der Fall und deshalb sei der Klageanspruch abzuweisen. Aus dieser Entscheidung des Obergerichts ergibt sich die eine Feststellung, daß die Regierungskommission die gesetzlichen Bestimmungen anwenden oder nicht anwenden kann, wie es ihr gerade beliebt. Es besteht mithin im Saargebiet überhaupt kein Rechtszustand, da das Obergericht in allen Fällen, in denen eine Entscheidung sich gegen die Regierungskommission auswirken müßte, von der Vorfrage ausgeht, ob hier der Wille der Saarregierung vorgelegen hat, um eine gesetzliche Bestimmung in dem allein auslegbaren Sinne zu treffen oder nicht.

So regiert man im Völkerbundsland und so spricht man dort Recht!

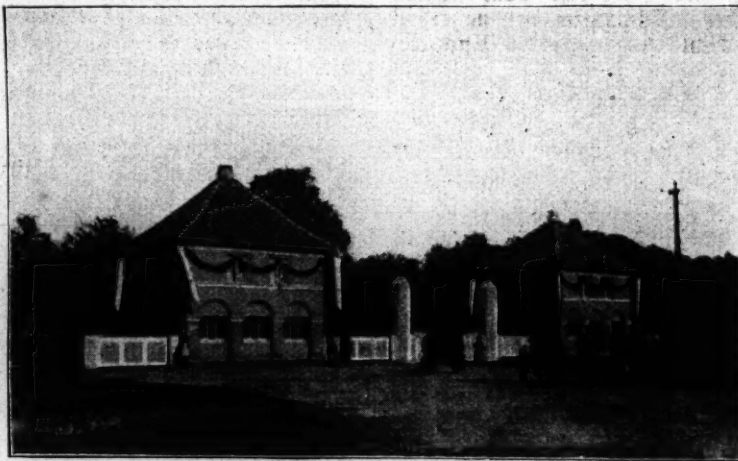
\*

### Der Saar-Haushaltsplan für 1925.

Der Haushaltsplan des Saargebietes ist den Abgeordneten des Landrates zugegangen, nachdem er von der Regierungskommission am 24. März bereits beschlossen worden ist. Die Regierung steht also noch immer auf dem Standpunkt, daß sie die Bevölkerung bei einer der wichtigsten Handlungen, nämlich bei der Verwaltung des Vermögens, nicht vorher zu befragen braucht.

Auch ist festzustellen, daß die Regierungskommission die vorjährigen Anregungen des Landrates, den Haushaltsplan übersichtlicher zu gestalten, nicht beachtet hat. Insbesondere werden die Angaben über den tatsächlichen Verbrauch oder das tatsächliche Steuereinkommen vermißt. Es wird lediglich doch nur der Voranschlag für das vergangene Jahr angeführt, ohne daß daraus hervorgeht, ob dieser Voranschlag ausreichend war, ob er über- oder unterschritten worden ist. Die Abgeordneten haben daher auch für die Beurteilung des Voranschlages für das Jahr 1925 keinerlei Grundlage, sie erfahren nicht einmal die Summe der tatsächlich vereinnahmten Steuern und ebensovienig die Summe der tatsächlichen Ausgaben. Warum diese Geheimnisträmerei getrieben wird, ist nicht recht ersichtlich. Als einzigen Grund könnte man, wie die „Saarbrücker Landeszeitung“ bemerkt, annehmen, daß eine Verschleierung der Ausgaben beabsichtigt ist, damit der geringe Anteil, den die französische Bergwerksdirektion zu dem Gesamthaushalt des Saargebietes beiträgt, weniger stark in Erscheinung tritt.

Der Gesamthaushalt schließt in Einnahme und Ausgabe mit Fr. 223 383 450.— ab, gegenüber dem vorigen Jahr mit Fr. 182 621 147.—. In den vorjährigen Einnahmen und Ausgaben war jedoch der Anteil des Deutschen Reiches an den Ausgaben für die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenversorgung mit Fr. 26 737 500.— nicht enthalten. Wenn man daher einen Vergleich mit den vorjährigen Aufwendungen ziehen will, so muß man diesen Betrag an der Gesamtsumme abziehen, in diesem Falle würde der Gesamthaushalt Fr. 196 646 040.— betragen. Die Kosten gegen den vorjährigen Haushalt habe sich daher, wenn



Eingang zum Stadion in Hannover.

man diesen Umstand berücksichtigt, nur um 7,86 Prozent erhöht. Trotzdem sind die Lasten, die die Bevölkerung zu tragen hat, wesentlich höher, da die Kohlensteuer, die im vorigen Jahre noch Fr. 49 000 000.— erbracht hat, als Abgabe für die französische Bergwerksdirektion abgeschafft worden ist. Anstelle der Kohlensteuer bezahlt die Grubenverwaltung eine Abfindung von Fr. 16 800 000.—, sodaß der Ausfall von Fr. 33 000 000.— aus den Steuerleistungen der Bevölkerung gedeckt werden muß. Neben dem Betrag von Fr. 16 800 000.— bezahlt die Grubenverwaltung noch einen Anteil von angeblich Fr. 11 000 000.— an die Gemeinden, immerhin ist die Gesamtleistung der Grubenverwaltung wesentlich niedriger wie in den vorhergehenden Jahren. Wenn daher im Vorjahre ein Zentrumsabgeordneter geäußert hat, daß man die Bedeutung und den Einfluß der französischen Grubenverwaltung auf die Verwaltung des Saargebietes mit den Steuerleistungen in Einklang bringen müsse, so kann man dem nur zustimmen. Der Einfluß der Grubenverwaltung steht im umgekehrten Verhältnis zu ihren Steuerleistungen. Man erinnere sich nur an die vorjährigen Kundmachungen der Regierungskommission, in denen sie immer wieder betonte, daß sie die Interessen der Bergwerksdirektion zu schützen habe. Man erinnere sich daran, daß die französische Garnison sich nur zum Schutze des Bergeigentums hier aufhält und daß sie den Wohnraum, der der Bevölkerung zusteht und die Kasernen, die zur Linderung der Wohnungsnot nutzbar gemacht werden könnten, zum Schaden der Bevölkerung ohne Gegenleistung in Anspruch nimmt. Die geringe Steuerleistung steht also in keinem Verhältnis zu den Lasten, die der Bevölkerung durch und für die Grubenverwaltung auferlegt werden.

Man darf sich wohl auch die Frage erlauben, was geschieht, wenn die Ausgaben der Regierungskommission wesentlich höher sind, wie sie in dem Haushalt verzeichnet sind? Bei der geringen Gesamtsteigerung des Haushaltsplanes gegen das Vorjahr ist ohne weiteres anzunehmen, daß die Ausgaben höher sein werden, wie sie für 1925 veranschlagt sind. Wird in diesem Falle die Bergwerksdirektion noch nachveranlagt, oder soll es bei dem schon ohnedies niedrigen Satz seine Bewendung finden?

### Jeder Deutsche muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ sein!

Anmeldungen bei der

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW11

Königgräzer Straße 94<sup>II</sup> als Einzelmitglieder oder bei den zahlreichen Ortsgruppen in 90 Städten des Deutschen Reiches.



## Der Verleumder in Frankenlohn.

Wir berichteten seinerzeit, daß der „Neue Saarkurier“, das heute noch von Herrn Köhlin von der französischen Bergwerksdirektion unterhaltene französische Propagandaorgan, in einem Schmutzartikel den Bürgermeister der Stadt Saarbrücken, Dr. Reikes, in unglaublicher Weise verleumdete. In diesem Aufsatz waren dem Bürgermeister von dem genannten Franzosenblatt die unglaublichesten Dinge nachgesagt in der Richtung, daß er sich in seiner Tätigkeit als damaliger Leiter des Lebensmittelamtes Oberhausen Schiebereien und andere unehrenhafte Handlungen habe zuschulden kommen lassen. Wir teilten damals auch mit, daß in der fraglichen Nummer des „Neuen Saarkurier“ nicht der sonstige „Chefredakteur“ Schöttler, sondern ein vorgeschobener Strohmann verantwortlich zeichnete. Dieser Aufsatz und ein weiterer Artikel gaben die Veranlassung zu einer Verhandlung vor der Strafkammer Saarbrücken, die sich gegen den sogenannten „Chefredakteur“ des „Saarkurier“, Schöttler richtete. Zur Kennzeichnung des ganzen Milieus, aus welchen heraus die ganze niederträchtige französische Propaganda geboren wird, geben wir eine Betrachtung der „Saarbrücker Zeitung“ über die Verhandlung vor der Strafkammer wieder. Das Blatt schreibt unter anderem folgendes:

„Das hohe öffentliche Amt des Stadtoberhauptes verlangten, einmal energisch gegen dieses gemeingefährliche Treiben Front zu machen und in den Sumpf etwas hineinzuleuchten.“

Es war nun ganz interessant, die Oberköpfe vom „Saarkurier“ vor Gericht erscheinen zu sehen. Schließlich will man doch auch einmal wissen, wer diese Dreckschleuder bedient. Und wer erschien?

Dr. Schöttler. Geistiger Vater des Saarbundes, und, wie er selbst sagt, nur so eine Art Oberaufsicht beim „Saarkurier“, den er nur viertelstündig am Tage aufsucht, um sich dort von „seinen Angestellten“ Vortrag halten zu lassen. Also im Nebenamt Chefredakteur.

Und noch ein Chefredakteur im Nebenamt, der Zeuge Peter. Hauptamtlich schleppt er beim „Saarkurier“ Kohlen, trägt Zeitungen aus, fegt die Bureaus und macht die Arbeiten, die im allgemeinen ein Hausbursche zu verrichten pflegt. Seine Qualifikation für den verantwortungsvollen Posten liegt vielleicht in seinem Schulbesuch bis zur vierten Klasse, vielleicht auch darin, daß er nur schlecht lesen, aber desto schlechter schreiben kann, vielleicht auch darin, daß ihn die Natur mit den Gaben einer normalen Intelligenz etwas all zu stiefmütterlich bedacht hat. Bei allem menschlichen Mitleid mit diesem geistig mangelhaft entwickelten armen Menschen, den man als Strohmann mißbrauchte, — man stellt doch mit einem heimlichen Schmunzeln fest: So ganz ohne tieferen Sinn hat Dr. Schöttler die Wahl seines Stellvertreters nicht getroffen, und ein Chefredakteur von diesen Ausmaßen würde sich dem Niveau dieses Blattes ganz hübsch einfügen.

Fast scheint es so, als ob der „Saarkurier“ und seine Hintermänner der gleichen Meinung gewesen seien, denn es läßt sich leider nicht wegleugnen und wegdeuteln, daß dieser bedauernswerte Hausbursche einmal einen Tag lang im Impressum des Blattes als „Verantwortlicher Chefredakteur“ erschienen ist. Und das an einem sehr wichtigen Tage, nämlich damals, als der „Saarkurier“ dem Bürgermeister Reikes vorwarf, er habe sich in Oberhausen in seiner früheren Amtstätigkeit Schiebereien zuschulden kommen lassen, sich unrechtmäßig bereichert und sei überhaupt ein Mann mit einer merkwürdigen Vergangenheit.

Der Bürgermeister benutzte die Gelegenheit, um mit diesen Gerüchten und Verleumdungen, die schon in Oberhausen verschiedenen Leuten Gerichtsstrafen wegen Beleidigung eingetragen haben, einmal gründlich aufzuräumen. Nichts, aber auch nichts blieb von den ganzen Vorwürfen, und Dr. Reikes wies an der Hand der Akten die Haltlosigkeit all dieser Redereien schlagend nach.

Und der „Saarkurier“, der in Fanfarentönen in diese Verunglimpfungsorgie mit eingestimmt hatte? Er machte garnicht auch nur den Versuch, einen Wahrheitsbeweis anzutreten. Dr. Schöttler ließ die moralische Abseifung, die ihm zu teil wurde, ohne Widerspruch über sich ergehen und suchte sich nur hinter die Verantwortlichkeit des Hausburschen und hinter einen Dritten, der der Artikelschreiber sein soll, zu verschansen. Jämmerlich, jämmerlich! So sehen also die überzeugungstreuen Idealisten vom Saarbund aus, die mannhaft und offen für ihre Handlungen eintreten, wie es noch vor wenigen Tagen so schön im „Saarkurier“ zu lesen war.

Siebenmal, wohlgezählte siebenmal, sind Dr. Schöttler die „ganze Erbärmlichkeit“ und „Unehrenhaftigkeit“ seiner Handlungsweise von amtswegen im Laufe der Verhandlung bestätigt worden. Seine „niedrige Gesinnung“ hat ihm eine Gefängnisstrafe eingebracht. Mit Recht hat das Gericht die schärfste Strafe gegen

den Angeklagten ausgesprochen. Wer in so unverantwortlich leichtfertiger Weise die Ehre seines Mitmenschen in den Schmutz zieht, wie es hier geschehen ist, der kann nicht hart genug dafür büßen.

Aus welchen Tendenzen diese Schmieraden des „Saarkurier“ herrühren, darüber braucht man ja kein Wort mehr zu verlieren. Aber über den Stein, den man dem Bürgermeister während seines Disziplinarverfahrens in den Weg werfen wollte, ist jetzt gerechterweise der Verleumder selbst gestolpert, und seine Verurteilung bedeutet nicht nur für ihn, sondern auch für seine Hinterleute eine moralische Anprangerung. Die Verurteilung dieses journalistischen und politischen Strauchrittertums ist das einzige, aber auch wirklich erfreuliche Ergebnis, dieses — wenn man ihn beim Abstand der Persönlichkeiten so nennen will — Beleidigungsprozesses Dr. Schöttler — Dr. Reikes.“

Es verlohnt sich nicht, auf die Einzelheiten der Verhandlung gegen Schöttler näher einzugehen, es genügt, darauf hinzuweisen, daß der fragliche Schöttler in einer Weise mit der Ehre eines verantwortlichen Verwaltungsbeamten, weil er aus seinem deutschen Recht und seiner deutschen Gesinnung keinen Hehl macht, alaubt umpringen zu können, weil Schöttler, um in der Auffassung dieses „ehrenwerten“ Herrn zu reden, der Hausbursche der französischen Propaganda ist. Der Mann, der seine Agenten ausschickt, unter der betrügerischen Angabe, das Blatt habe 20 000 und mehr Abonnenten, um Geschäftsleuten Anzeigen abzuknöpfen, hat von der Gewissenhaftigkeit eines Redakteurs und von der moralischen Verantwortung der deutschen Presse eine Auffassung, die nur eine Erklärung findet, die nämlich, daß diesem Bengel in seiner Jugend das Hosenleder zu wenig gegerbt wurde.

Das Gericht hat von den moralischen „Qualitäten“ des angeklagten Schöttler die richtige Auffassung gehabt, und hat ihn für seine nicht zu überbietende Frechheit und seine infamen Verleumdungen eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und zwei Wochen zubüßend. Mit dieser Strafe befaßt, steht diese von der Bergwerksdirektion auf Umwegen ausgehaltene Gestalt vor der ganzen Saargebietsbevölkerung in ihrer ganzen Jämmerlichkeit da.

Dem also Gebrandmarkten ist das Urteil offenbar stark in sein verwelktes Gebein gefahren. Er unterläßt es wohlweislich, einen sachlichen Bericht über die Verhandlungen zu geben, gibt vielmehr nur eine „Erklärung“ ab, in der als wesentlichstes Bestandsmerkmal festzustellen ist, daß er gegen das Urteil Berufung eingelegt hat und erwartet, daß das Saarlouiser Obergericht in seiner internationalen d. h. französischen Einstellung ihm ähnliche Straffreiheit zubilligt, wie es die französische Besatzung jenen fragwürdigen Elementen gegenüber tut, die in irgend einer Beziehung zu der Besatzung stehen, d. h. Verrat gegen ihr deutsches Vaterland betreiben. Jedenfalls konnte für die Tendenz des Saarlouiser Obergerichtes keine bessere Kennzeichnung gegeben werden, wie durch den „Saarkurier“ selbst, wenn er schrieb: „Wir haben wiederum einen Beweis, daß die Schaffung eines internationalen Obergerichtes im Saargebiet durch die Verfasser des Versailler Vertrages einer unbedingten Notwendigkeit entsprach.“ Womit gesagt wird, daß das Saarlouiser Obergericht etwa die gleichen politischen Aufgaben zu erfüllen hat, die in den besetzten Gebieten die französischen Kriegsgerichte ausübten: Bekämpfung jeder deutschen Regung und Schonung aller Verräter, Verleumder und Lumpen.

Uebrigens verurteilte auch die Strafkammer Saarlouis den „ehrenwerten“ Herrn Schöttler wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Saarlouis, Dr. Laß, zu zwei Monaten Gefängnis und wegen Verletzung des § 10 des Pressegesetzes zu 150 Franken Geldstrafe. Ferner wurde er wegen ungebührlichen Benehmens vor Gericht bei sofortiger Festnahme zu drei Tagen Haft verurteilt. Die beste Erziehungsmethode für diesen Lummel wäre allerdings eine tüchtige Tracht Prügel.

Daß übrigens der Verleumder Schöttler seine Rolle als Hausknecht der französischen Propaganda nicht nur rein formell sondern auch aus innerer Ueberzeugung zu spielen weiß, geht aus seinem Verhalten vor der Saarlouiser Strafkammer hervor. Die Ausführungen des Rechtsbeistandes des verleumdeten Bürgermeisters Dr. Laß beantwortete er mit den Hausknechtsworten: „Sie Kamel, ich haue Ihnen noch eine runter.“ Das ist der Mann, der französische Kultur vertritt — ein durchaus würdiger Vertreter! Trotzdem konnte sich die Saarlouiser Strafkammer mit dieser Art französischer Kulturäußerung nicht einverstanden erklären, und nahm Schöttler wegen Ungebühr vor Gericht in eine sofort zu vollziehende Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft. In seiner Rut darüber, daß die deutschen Richter des Saargebiets entsprechend den Bestimmungen des Strafgesetzbuches Vergehen und Verbrechen ahnden wie es sich gebührt, drohte er wie seinerzeit die auf verbrecherischen Wegen gefakten sogenannten rheinischen „Separatisten“, er werde es den Franzosen sagen. Und es



ist gewiß ein Zeichen dafür, daß Schöttler sich der besonderen Gunst und Fürsorge der Franzosen und des ihnen untertanen Gerichts in Saarlouis erfreut, wenn dieses Obergericht, bevor diese dreitägige Haftstrafe vollzogen werden könnte, im Blitzzug-tempo die Haftstrafe aufhob. Schöttler kündigt auch an, daß er

Berufung beim Obergericht eingelegt habe und triumphiert heute schon, daß dieses Gericht die Urteile von Saarbrücken und Saarlouis nicht bestehen lassen werde. Nun, Schöttler wird es ja wissen, da er offenbar als gemieteter Saar-„Separatist“ einen Freibrief gegenüber allen deutschen Rechtsurteilen besitzt.

## Der Saarbergbau einst und jetzt.

Der Kohlenbergbau des Saargebietes unterscheidet sich in seiner sozialen Struktur von allen übrigen deutschen Bergbaugebieten durch die Bodenständigkeit und Sesshaftigkeit seiner Belegschaft. Fern von dem feilisch nivellierenden Milieu des städtischen Proletariats wohnen die Saarbergleute überwiegend weit zerstreut in den Landdörfern in der engsten Beziehung zu der Ackerbau treibenden Bevölkerung. Zwei Charakterzüge: bäuerlicher Erwerbsinn und bürgerlich-stolzes Geltungsstreben zeichnen den Saarbergmann aus, der das Wort „Arbeiter“ nicht sehr genau auf sich anwenden will, sondern „Bergmann und hiesiger Bürger“. Unter der Belegschaft des Jahres 1910 von 52 745 Mann waren 58,5 Prozent Verheiratete, darunter 63 Prozent Hauseigentümer. Der preußische Staatsbergmann war von dem Bestreben geleitet, Arbeitskräfte von solchem wirtschaftlichen und idealen Werte sich zu erhalten. In diesem Sinne wirkt eine Reihe von Maßnahmen der fiskalischen Arbeiterpolitik, die sämtlich durch das Prinzip der Stetigkeit gekennzeichnet sind. Wie die von bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten dirigierte Lohnpolitik sich jedoch andererseits in der Produktionsergiebigkeit äußerte, hat ein junger, einheimischer Volkswirtschaftler Dr. Paul Georg Quirin zum Gegenstand einer methodischen Untersuchung gemacht, die als Bonner Dissertation (eben bei der Saarbrücker Druckerei- u. Verlag-A.-G. erschienen ist): „Lohnpolitik und Produktionsergiebigkeit im Preussisch-fiskalischen Saarkohlenbergbau. Ein Beitrag zur Lehre von Arbeitslohn und Arbeitsleistung unter besonderer Berücksichtigung der Lohnmethoden“.

Nach einem Hinweis auf die für die Lohnmethoden maßgebende Gestaltung der Leistungsbedingungen im Saarbergbau, als welche sich die natürlichen und technischen Abbaubedingungen einer, die historisch-kulturellen Qualitäten des Arbeiters, andererseits darstellen, analysiert der Verfasser die Lohn- und Entlohnungsmethoden im Saarbergbau, die Arbeitsorganisation, das „Gedinge“ vor Ort (nach der Tonne geförderter Kohle) und die Art seiner Festsetzung, den Schichtlohn der übrigen Arbeiterkategorien; die Methoden der Lohnabrechnung (Kontrollen) und -Auszahlung. Die Lohnfestsetzung ist zentralisiert: die leitende Werksinstanz setzt für die im Gedinge entlohnende Arbeiterschaft nicht publizierte Normalschichtlohnsätze fest, die sie vermöge der Monopolstellung des fiskalischen Saarbergbaues fast automatische bestimmen kann. Nach diesem Normallohn, der den generellen Wert und den Marktpreis dieser Arbeitskraft — allerdings in einer von der Werksverwaltung regulierten Form — darstellt, setzen die einzelnen Abteilungsleiter in ihren Betrieben die Gedingesätze fest, aus denen sich der Lohn des einzelnen Hauer als Summe der geleisteten Akkorde ergibt. Dadurch, daß das Gedinge nach der Norm von Schichtlöhnen und zwar mit einer oberen und unteren Lohngrenze festgesetzt bzw. abgeändert wird, empfängt es nicht nur einen Zeitlohncharakter, sondern die Akkordgrenze wird durch die übliche Art der Gedingefestsetzung zur Leistungsgrenze. Die Tendenz der Gedinge, die Löhne gleichzumachen und zu stabilisieren, verhinderte daß im staatlichen Saarbergbau die bergmännische „Akkordarbeit Mordarbeit“ wird und mindert durch Ausschaltung der motorischen Kraft des Akkordsystems den möglichen Leistungsertrag: der Durchschnittslohn erzeugt den Durchschnittsarbeiter.

Der fiskalische Saarbergbau führte seine Verwaltung fast ohne Rücksicht auf die Konjunktur. Die Belegschaft vermehrte sich langsam und stetig entsprechend dem natürlichen Bevölkerungszuwachs der Arbeitererzgebirge des Saarbergbaues. Seit 1868 wurde kein landfremder Arbeiter angelegt. Auch bei schlechter Konjunktur werden die Neuanlegungen nicht unterbrochen, Ablegungen aber überhaupt nicht vorgenommen. Ebensovienig schwellt die Belegschaftsziffer in Zeiten der Hochkonjunktur rapid an, nicht einmal Ueberschichten werden verfahren. Auch in den Löhnen drückt sich die Konjunktur nur geringfügig aus. Die durchschnittlichen Löhne der einzelnen Klasse wie innerhalb der Lohnklasse selbst werden in guten und schlechten Zeiten möglichst auf gleicher Höhe gehalten; nur langsam aber stetig werden die Löhne gesteigert und an dem verschleierte Zeitlohn orientiert. Diese für den Saarbergbau typische Politik steht in scharfem Gegensatz zu der Lohnpolitik des Ruhrbergbaues, die sich dem elementaren Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeits- und Kohlenmarkt fügt. Die übrigens historisch bedingte Lohnpolitik der Stetigkeit in dem ziemlich abgeschlossenen Saargebiet auf Kosten der Betriebsergebnisse, ist das Gegenteil der Lohnpolitik des Ruhrbergbaues, — die Arbeiter in jeder Beziehung an dem Auf- und

Niedergang der Marktlage in stärkerem Maße teilnehmen zu lassen und zur Höchstleistung anzueifern.

An Hand zahlreicher Tabellen und Schaubilder erweist der Verfasser die charakteristische Lohnpolitik des fiskalischen Saarbergbaues, die dem Arbeiter ein von dem Auf und Ab der Marktlage unabhängiges auskömmliches, nicht schwankendes Einkommen sicherte. Der Preussische Staat als Unternehmer fing alle Schwankungen der Marktlage auf und machte sie für den Arbeiter unwirksam. Auch die Dauer des vertraglichen Arbeitsverhältnisses, der Arbeitsangelegenheit war, da mit Rücksicht auf die Konjunktur die Belegschaft und ihre Arbeitszeit weder vermehrt noch vermindert wurde, unabhängig von dem Auf und Ab der Marktlage. Dsa Arbeitsverhältnis im fiskalischen Saarbergbau zeigt durchweg starke Annäherungen an das Beamtenverhältnis. Die Folgen dieses Systems zeigen sich hinsichtlich der Produktionsergiebigkeit darin, daß der Saarbergbau bei aufsteigender Marktlage nie den Anforderungen der Nachfrage genügt. Er bleibt in der Steigerung seiner Leistungsfähigkeit absolut und relativ weit hinter dem privaten Ruhrbergbau zurück, der allgemein in den Zahlen nach Höchstleistung strebt. In bezug auf eine schnell steigende Produktionsergiebigkeit hat der fiskalische Saarbergbau seine volkswirtschaftliche Aufgabe zweifellos nicht erfüllt. Eine andere Frage ist es, ob Steigerung der Produktionsergiebigkeit die höchste Wertkategorie der Volkswirtschaft bedeutet. Der Ruhrbergbau hat seine kapitalistische Auffassung mit der ungeheuren Ueberfremdung des Belegschaftskörpers bezahlen müssen, während die bevölkerungspolitisch orientierte Lohnpolitik des Saarfiskus der pfleglichen Behandlung der eigenen Volkskraft diente.

So war es im Saarbergbau bis zum Kriegausbruch. Den neuen Anforderungen der Verflechtung in die Kriegsindustrie konnte das alte System nicht genügen. Auch der Saarbergbau mußte der Forderung auf forcierte Produktionssteigerung gerecht werden. Durch die Einziehung zum Heeresdienst und zu Befestigungsarbeiten wurde die Belegschaft zunächst auf etwa 60 Prozent vermindert, im weiteren Verlaufe durch fortwauernde Einziehung der besten und kräftigsten Arbeiter und ihren Ersatz durch unausgebildete, jugendliche und minderleistungsfähige Arbeiter immer ungünstiger zusammengesetzt. Immer mehr Ueber-, Neben- und Sonntagsschichten mußten verfahren werden, um der immer steigenden Notwendigkeit starker Förderung zu genügen. Die Löhne wurden andauernd erhöht und, in auffälligem Gegensatz zu der früheren Zeit, entstanden im Revier gewaltige Lohnunterschiede, ganz besonders im Gedinge. Auch der Saarbergbau untersteht, wie die anderen Bergbaubezirke, dem Gesetz der Kriegswirtschaft. Im weiteren Verlaufe wurde die scharfe Handhabung der oberen Lohngrenze beseitigt, und auch der bisherige autoritär-despotische Charakter der Lohnfestsetzung durch Heranziehung eines Arbeiterausschusses bei der Gedingefestsetzung ins Konstitutionell-Demokratische umgebogen.

Eine neue geschichtliche Epoche trat für den Saarbergbau ein unter der Herrschaft des französischen Grubekontrolldienstes seit der Besetzung und vollends durch die Eigentumsübertragung an den französischen Staat, der am 17. Januar 1920 offiziell den Betrieb übernahm. Mit dem französischen Staat bekamen die Saarbergleute einen neuen Arbeitgeber, dessen wirtschaftliches Zweckstreben, Arbeiter- und Lohnpolitik ein integrierender Bestandteil seiner politischen Annexionstendenz war und ist. Ab 1. Juli 1920 wird, aus Propagandagründen, der Frankenlohn eingeführt, was zunächst eine bedeutende Lohnerhöhung herbeiführt und die Bergarbeiter eine Zeitlang in ihrem Einkommen weit höher als die übrige Arbeiterbevölkerung stellt. Jedoch schon ab Mitte März 1921, dann ab 1. Dezember 1921 werden Lohnherabsetzungen vorgenommen, die im Zusammenhang mit einer großen Zahl von Feierschichten, die Abwärtsbewegung auf dem Kohlenmarkt zu Lasten der Arbeiterschaft abwälzen. Solange das Saargebiet unter dem tatsächlichen System der Doppelwährung Ruhrnießer des deutschen Inflationselends war, machte sich die Um- und Westorientierung der Lohnpolitik für die Saarbergleute nicht so empfindlich spürbar. Die „Revolutionserregungsaktionen“ wurden von der französischen Grubenverwaltung den Saarbergleuten verweigert, aber die dem Krieg so streng autonom zentralisierte Lohnfestsetzung hat einer mehr konstitutionell-demokratischen Regelung, wie sie bereits in der Endperiode der preussischen Verwaltung zur Geltung kam, Platz gemacht. Die Lohnabrechnung wurde in Lohnbureaus zentralisiert, ohne daß jedoch die Arbeiter früher als unter dem Schichtmeister-System in den Besitz ihres verdienten Gedingelohns gelangen. Nachdem die vom französischen Propag-



gandadienst, der Hand in Hand, ja in Personalunion mit der Bergwerksdirektion arbeitet, bezweckte Vorbereitung (oder Beschleunigung?) der Volksabstimmung über die politische Zukunft des Saargebiets, dank der deutschen Treue der Gewerkschaften, nicht in dem beabsichtigten Sinne ausfiel, trug der französische Bergfiskus kein Bedenken, die Methode des Zuckerbrotens durch die der Peitsche zu ersetzen. Der hunderttägige Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1923 enthüllte, wie rasch die Zeiten sich geändert haben.

Auch jetzt wieder steht der Saarbergbau im Zeichen einer Lohnbewegung. Seit März vorigen Jahres haben die Löhne keine Aufbesserung mehr erfahren, während die zwangsweise Einführung der französischen Währung im Saargebiet zu einer Beseitigung der Vorzugsstellung der Bergarbeiterschaft und einer allgemeinen

Erhöhung der Lebenskosten führen mußte, die sich seit der Stabilisierung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse immer schärfer ausprägt. Vollends der gemäß dem Buchstaben des Versailler Friedensdiktats durchgeführte Zollabschluß vom übrigen Deutschland trägt zu einer neuen Erhöhung des saarländischen Preisniveaus bei. Mit am empfindlichsten wird hierdurch berührt die Bergarbeiterschaft, in die bereits jetzt große Not mit all ihren Folgen der Unterernährung, Tuberkulosesteigerung usw. eingezogen ist. Nur der restlose Zusammenschluß der Saarbergleute in ihren deutschen Organisationen gewährt ihnen den notwendigen Rückhalt in ihrer Kampfstellung gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung zugunsten eines fremden Staates, der den höchstmöglichen Produktionsgewinn einer ausländischen Volkswirtschaft zuführt.

## Die erste Berg- und Hütten Schule des Saargebietes.

Von H. P. Buchleitner.

Bereits unter der Regierung der beiden letzten Saarbrücker Grafen waren die reichen unterirdischen Bodenschätze unserer Saarheimat an vielen Stellen erschlossen worden und war eine stattliche Anzahl Kohlengruben in Betrieb, so zu Sulzbach-Dudweiler, Ruppütte, Groß- und Bauernwald, Schwalbach, Wahl-schied, Gersweiler, Kohlwald, Wellesweiler und Geislauntern; außerdem gab es in der Grafschaft noch sogenannte „Glashütten-gruben“, das sind solche, die den Glashütten zu Friedrichsthal und Quierschied zugeteilt waren. Während diese alle herrschaftliche Gruben waren, befand sich in unserer Gegend noch eine Privatgrube, die dem Kloster Wadgassen gehörte, nämlich die zu Hofenbach. Im Jahre 1790 beschäftigten diese Gruben zusammen an 350 Bergleute und hatten die fürstlichen Kohlenbergwerke im nächsten Jahre einen Ueberschuß von 46 784 Gulden zu verzeichnen, zweifellos ein bedeutender Reingewinn. Nachdem das Saarbrücker Land nach Besetzung durch französische Truppen in den Jahren 1792/93 schließlich unter französische Herrschaft und Verwaltung gekommen war, richtete die französische Regierung ihr Hauptaugenmerk zum ersten Male auf die reichen Kohlenschätze des Landes, die Kohlengruben. Anfänglich wurden dieselben auf Rechnung der französischen Republik weiterbetrieben. Durch Vertrag vom 25. März 1797 gingen dieselben dann an die französische Gesellschaft Equer in Paris für die Pachtsumme von 71 000 Fr. über, um endlich nach 10½-jähriger Pachtzeit vom 1. Januar 1808 ab unter die Verwaltung der kaiserlichen Domänen gestellt zu werden. Neben der Kohlengrube stand zu Geislauntern noch ein Eisenhüttenwerk, als das älteste der Grafschaft Saarbrücken in hoher Blüte stand.

Während die französische Regierung nach und nach die Eisenhütten der Grafschaft — zu Reunkirchen, die Halberger Hütte und die Fischbacher Schmelze — veräußerte, behielt sie allein das in der Nähe der Kohlengrube liegende Geislauntern Werk in Eigenbesitz, weil man hier die Errichtung einer Berg- und Hütten-schule geplant hatte. „Im Jahre 1807 bereits waren von der französischen Regierung Anordnungen getroffen worden, in Geislauntern eine „Ecole pratique des mines“ zu errichten, und zwar vorzugsweise für den Unterricht im Steinkohlenbergbau und im Eisenhüttenbetriebe. Sie sollte nach dem Muster der metallischen Bergbauschule zu Pesen bei Montier im Departement Mont-Blanc eingerichtet werden, die seit 1802 bestand. Man beabsichtigte, auf der Hütte zu Geislauntern zwei neue Hochöfen zu erbauen, die ausschließlich mit Koks betrieben werden sollten. Weil jedoch die dortige Kohlengrube bis dahin keinen brauchbaren Koks lieferte, sollte außer dieser Grube noch die zu Dudweiler ausschließlich den Zwecken der Bergschule vorbehalten werden. Mit Errichtung der Gebäude für die Schule war bereits 1809 begonnen worden, auch der Ingenieur en chef des mines Duhamel zum Directeur general der Schule ernannt worden. Jedoch infolge der dauernden Kriege Napoleons, wohl auch wegen Geldmangel, schritt der geplante Bau nur langsam voran“ (Hafslager). Als Napoleon im Mai 1812 auf seiner Durchreise nach Rußland sich in Saarbrücken kurz aufhielt, ließ er bei dieser Gelegenheit die Ingenieure von der Grube Geislauntern zu sich kommen, um ihren Vortrag über die Untersuchung des Bodens nach Kohlenschichten und über die zweckmäßige Ausbeutung der unterirdischen Schätze entgegenzunehmen (Zimmer).

Nach dem Anheimfallen der Grafschaft Saarbrücken an Preußen durch Napoleons Niederlage war erst ein Flügel der Bergschule, in dem sich der große Lehr- und Hörsaal befand, fertiggestellt (1815). Die am 8. Dezember 1815 für die Verwaltung der Steinkohlengruben unserer Saarheimat gegründete „Königliche Bergamts-Kommission zu Saarbrücken“ faßte auch bald die Gründung einer Ausbildungsanstalt für Grubenbeamte ins Auge. Sie verfolgte jedoch den französischen Plan in Geislauntern nicht weiter, sondern beabsichtigte die Errichtung einer Bergschule in Saarbrücken. Die Vorschläge des Saarbrücker Bergamtes waren bereits von dem Rheinischen Oberbergamte zu Bonn genehmigt und sollte die Saarbrücker Schule nach dem Muster der Eislebener Bergschule eingerichtet werden. Es zog sich jedoch die Ausführung dieses

Planes in die Länge, weil nur wenige und dazu noch schlecht vorbereitete Bergschüler (1819: 2 Eleven) im Bezirk vorhanden waren, so daß an die Einrichtung einer Schule mit umfangreichem Lehrplan nach dem Muster der Bergschule zu Eisleben vorerst nicht zu denken war. Man mußte sich vielmehr damit begnügen, sechs jährige junge Bergleute im Jahre 1819 soweit theoretisch zu unterrichten, daß sie Aussicht boten, in absehbarer Zeit brauchbare Grubensteiger zu werden. Der Unterricht an Bergeleven kam nach und nach in Wegfall und wurde der Hauptzweck der Schule die Heranbildung von Gruben- und später auch Rechnungsbeamten. Nur wenige Lehrkräfte waren nebenamtlich tätig und beschränkte man den Unterricht auf das eben Notwendigste. Einerseits die öftere Unterbrechung des Unterrichtes, andererseits der Mangel eines jeglichen Lehrplanes, veranlaßte das Saarbrücker Bergamt im Jahre 1822 zur Aufstellung eines bestimmten Lehrplanes und der Einrichtung von drei Klassen, die später auf zwei reduziert wurden. Jeder Lehrgang umfaßte die Spanne von einem Jahre und fand am Schlusse eines jeden der beiden Lehrjahre eine Prüfung in Gegenwart des Bergamtsdirektors statt. Der erste Kursus auf der Grundlage der neuen Ordnung begann am 7. Oktober 1822; es kann somit dieser Tag als Gründungstag der Saarbrücker Bergschule im engeren Sinne betrachtet werden. Trotz der eifrigsten Bemühungen der vorgelegten Behörden, die Erfolge der Schule dauernd zu heben, wurden im großen und ganzen nur mäßige Resultate erzielt. Die Uebelstände waren auf der einen Seite der schlechte Zustand der Elementarschulen zu damaliger Zeit, so daß die wenigsten jungen Leute, die zur Bergschule kamen, ordentlich lesen, rechnen und schreiben konnten; auf der anderen Seite schrieb man den aus der französischen Zeit übernommenen Lehrkräften diesen Mißerfolg indirekt zu. Ersprießliche Erfolge der Saarbrücker Bergschule traten erst nach der Reorganisation derselben im Jahre 1858 ein, und zwar durch die Arbeit des damaligen Bergamtsdirektors Krause, im Verein mit dem Hallenser Privatdozenten Dr. Andra (nach Beweyer).

Leset und verbreitet die von der Geschäftsstelle  
„Saar-Verein“ herausgegebene Halbmonatsschrift

### „Der Saar-Freund“

Der „Saar-Freund“ ist der treueste und zuverlässigste Berichterstatter über alle Geschehnisse im Saargebiet, das beste Bindeglied zwischen den schwerbedrängten Saardeutschen und dem Mutterlande und das Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“ mit allen wichtigen Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von ausgewiesenen Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets aus eigener Erfahrung heraus kennen und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch in engster Verbindung stehen

Bestellungen auf die Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ nimmt jede Postanstalt entgegen. Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Gpf.

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund“ sind zu richten an:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11  
Königgräzer Straße 94



## Die katholische Pfarrkirche zu Merzig.

In der katholischen Pfarrkirche besitzt die Stadt Merzig ein Baudenkmal ersten Ranges, wie ein zweites außer dem Dome zu Trier im genannten Regierungsbezirk nicht besteht. Diese Kirche nennt der gewiß kompetente Beurteiler, der Konservator der Bau- und Kunstdenkmäler von Quast, ein kunsthistorisch wie ästhetisch sehr ausgezeichnetes Bauwerk. Sie ist eine romanische, dreischiffige Säulenbasilika. Die Zeit der Erbauung ist urkundlich nicht festgestellt. Aus den Formen des Baues, der schon stellenweise die Spitzbogen zeigt, und nach der Geschichte der Pfarrei zu urteilen, fällt der Bau in das letzte Dezennium des 12. Jahrhunderts. Denn im Jahre 1181 übergab Erzbischof Arnold II. von Trier den Prämonstratenser Chorberrn die Obsoleszenz der Pfarrei Merzig, wozu der Ort Menzingen und der Biekerberg, d. i. die Dörfer Harlingen, Biechen und Menzingen gehörten. Es ist nicht anzunehmen, daß sie sich lange mit der vorhandenen kleinen Walpurgispfarrkirche begnügten, sondern ganz bald, also noch im 12. Jahrhundert, die jetzige große Peterkirche, wie sie immer genannt wurde, erbauten. Auch entspricht der Bau ganz den im 12. Jahrhundert von dem mächtig aufstrebenden, jungen Prämonstratenser-Orden erbauten herrlichen Kirchen z. B. der Abteikirche zu Arnstein a. d. Lahn. Sie war angelegt mit 2 Chören, Ost- und Westchor, und mit 2 Kreuzschiffen im Osten und Westen, mit Zentralturm über der Vierung im Osten und mit je 2 flankierenden Türmen neben Ost- und Westchor. Nur die Westung war über kräftigen Pfeilern gewölbt, im übrigen hat sie Säulen mit flacher Dede. Leider ist das Westchor nebst Kreuzschiff und den zwei flankierenden Türmen im Laufe der Zeit verschwunden und dafür der ziemlich formlose kolossale Turm mit zwei Meter dicken Mauern gebaut worden. Die Zeit und der Grund dieser Umänderung ist nicht bekannt. Jetzt steht noch das Ostchor, das östliche Kreuzschiff und 6 Joche der 3 Schiffe. Von dem siebenten Joche ist nur noch der Anlauf zu sehen. Im 15. Jahrhundert wurde die flache Dede durch ein gotisches Gewölbe ersetzt, auch wurden damals, wie das ja vielfach bei romanischen Kirchen geschah, die romanischen Fenster durch gotische ersetzt. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts schlug man die gotischen Fenster wieder heraus und setzte dafür große Fensterlöcher mit Rundbögen ein. Um dieselbe Zeit trug man auch die beiden östlichen Türme bis zur Höhe der Umfassungsmauer ab. Trotz aller dieser Verheerungen im Laufe der Jahrhunderte bleibt die Kirche immer noch eine Perle der romanischen Baukunst. Das Ostchor ist ganz unverändert geblieben. Es zeigt einen geradezu verschwenderischen Reichtum an Ornamenten, wie sie in dem Maße selbst an den herrlichen Domen am Rhein nicht zu finden sind. Die Rundung ist wirkungsvoll durch eine in die Umfassungsmauer einspringende Blendarkade gebildet. Je zwei gegenüberstehende Bögen sind mit denselben schönen romanischen Ornamenten geziert, die Bogenzwickel sind mit urkräftigen, stilisierten Blumen ausgefüllt. Der darüberlaufende Rundgurt bildet einen prächtigen Blumenfries und ist zugleich die Basis für die Dienste zu den Gewölbegutten. Diese Dienste sind Säulenbündel, die nicht etwa den gewöhnlichen Sockel haben, sondern aus einer stilisierten Konsole herauswachsen. Die Kapitäl dieser Bündel, sowie die Kapitäl in der Arkadenreihe zeigen die mannigfaltigen Ornamente. Auffallend ist bei dieser reichen Ornamentik, daß die Gurten zu dem Gewölbe nur einfache kräftige Rundstäbe bilden. Ebenso reich und wohlgehalten ist das Ostchor von außen. Es ist durch Eisen in neun Felder eingeteilt. Das Gesims setzt sich zusammen aus Konsolen mit den verschiedensten Motiven, darunter auch Menschenköpfe, darüber eine einfache Platte und zum Schluß ein mit zarten Palmetten gemeißelter Wulst. Das über der Chorseite sich erhebende Giebel-dreieck ist ebenso reich gehalten. Eine viergliederige Bogenblende, deren Säulen mit halben Sechspass verbunden sind, belebt das Hauptfeld und daneben stehen zwei stark geleibte Rundfenster, welche den symbolischen Ausblick aus der Kirche in das Firmament, den Himmel vermittelt. Das Gesims des Giebel-dreiecks ist durch ein sehr wirkungsvolles Zickzackfries unterstützt. Schuppen bedecken die Gesimswulst. Noch reicher ist das Giebel-dreieck der Nordseite des Kreuzschiffes. Ein dort eingesezierter Mannertop zeigt, daß die heute beliebte Haarscheitelung auch im 12. Jahrhundert üblich war. Die an diesem Giebel aus aufgelegten Mörtel angebrachte Zahl 1725 erinnert daran, daß zu dieser Zeit Reparaturen dort vorgenommen wurden.

Im Innern der Kirche ist besonders die Kuppel über der Vierung bemerkenswert. Sie ist 15 Meter hoch. Vier mächtige Triumphbögen überspannen die vier Giebel. Neben den Bögen läuft ein Diamantwulst her. Die vier aus den Zwickeln leicht herauswachsenden Gewölberippen sind starke Wulste wie im Chor, aber schon belebt durch aufgelegte quadratische Plättchen. Auffällig an den massigen Pfeilern sind außer den feinen Kapitälchen auch noch die schönen Verköpfungen. Die Kapitäl der Säulen durch die Kirche haben auf der Rückseite an den vier Ecken nur eine einfache Schnecke, dagegen sind die Kapitäl auf der Nordseite urkräftig in allerlei Ornamenten ausgegesselt. Ge-

rade durch dieses Urkräftige, man könnte sagen, Massige, werden die Kapitäl von den Kunstkritikern als klassisch bezeichnet. Die vielen Rundbögen sind gestelzt, wodurch sie ganz schwungvoll erscheinen.

Am Außern ist noch besonders zu erwähnen, das Hauptportal, das auf der Nordseite lag. Es hat eine schöne Leibung nach außen mit einer schönen Säulenstellung. Die Kapitäl zeigen fein stilisierte Knospen. Ein kräftiger Rollstabwulst zierte den Ueber-schlagsbogen. In dieses Tor ist jetzt, ohne jedoch den ursprünglichen Bau irgend zu beeinträchtigen, eine Taufkapelle eingebaut. Eine andere engere Eingangstür zeigt im Tympanon den segnenden Heiland. Ein Schiffstauwulst in schön facettierten Diamantmuster bildet den Bogen.

Im Jahr: 1887/88 wurde der vielgeschädigte Bau einer gründlichen Restauration unterworfen. Die beiden Osttürme wurden wieder auf ihre frühere Höhe stielgemäß aufgebaut und die Fenster nach den noch vorhandenen Mustern in den ersten Zustand zurückverändert. Statt der abgeschmackten drei Westtürme wurden drei romanische Portale eingefügt. Im Innern wurde im Chor von Stimmorgeln aus der rühmlich bekannten Fabrik Willeroy & Bloch aus dem nahen Mettlach ein neuer Boden gelegt. Der Belag besteht aus drei großen Feldern, welche die vier Elemente der Alten, die vier Jahreszeiten, und die vier Himmelsgegenden mit dem Sonnengotte in der Mitte symbolisch darstellen. Eine ganze Reihe von Gemälden, welche mit der Geschichte der Kirche in Verbindung stehen, zieren die Wände. Daneben befinden sich natürlich auch Darstellungen aus der hl. Geschichte. Ueber den Säulenkapitäl sind aus und im 17. Jahrhundert angebracht die Statuen des Welterlösers, der Mutter Gottes und der 12 Apostel. Sie sind im Stile jener Zeit aus Stein in nahezu natürlicher Größe gehauen und zeigen durch Gewandung, Haltung und Gesichtsausdruck einen sehr gewandten Bildhauer. Eine schöne Pieta ist aus Holz geschnitten. Schöne Arbeiten der neueren Schmiede- und Steinmetzkunst in romanischem Stile sind ebenfalls in der Kirche zu sehen. (Reich)

St.-Merzig.

## Schändung der deutschen Kriegergräber auf den Spicherer Höhen.

(Was ein Holländer berichtet.)

Die „Deutsche Zeitung“ gibt einen Bericht des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ über einen Besuch auf den Spicherer Höhen bei Saarbrücken wieder, aus welchem sich ergibt, in welcher Weise die Franzosen die deutschen Kriegergräber von 1870 schändeten. Es wird darin bestätigt, was schon in Albert Zühlkes Saarkalender 1925 festgestellt und durch die Wiedergabe photographischer Aufnahmen einwandfrei über die Grabschändungen auf den Spicherer Höhen durch die Franzosen erhärtet wurde. In dem Bericht des Rotterdamschen Blattes heißt es:

Als wir im Auto aus Lothringen nach Saarbrücken fuhren, kamen wir kurz vor Saarbrücken bei Forbach über die gegenwärtige Grenze zwischen Frankreich und dem Saargebiet. Gleich danach zeigten sich an der rechten Seite des Weges die bekannten Spicherer Höhen, wo im Jahre 1870 eine der ersten und blutigsten Feldschlachten im Französisch-Deutschen Kriege ausgefochten wurde. Diese Schlacht war ein Triumph für die Deutschen, die die steilen Hügel den Franzosen in sehr blutigen Gefechten abnahmen.

Mit schwer arbeitendem Motor fuhren wir bergan. Oben auf dem Wege ließen wir den Wagen vor einer einsamen Herberge halten, die interessant ist, da der frühere deutsche Name übertüncht worden und jetzt der Name auf französisch wiedergegeben ist. Nun war die neue Tünche durch Regen und Wind allmählich wieder ziemlich zerstört, so daß sich der deutsche Name wieder deutlich zeigte. Bei diesem Anblick meinte jemand, daß er wohl ein richtiges Bild gäbe von den wirklichen Zuständen im Saargebiet und im übrigen besetzten Gebiet. Nach außen hin französisch übertüncht, im Innern aber gut deutsch geblieben.

Die Spicherer Höhen sind ein Kirchhof. Bei unserer Auffahrt auf den Berg hatten wir hier und da in den Feldern Gräber gesehen und oben sahen wir uns, gleich hinter der Herberge, mitten zwischen Gräbern und Denkmälern, die dort von den verschiedenen Regimentern aufgerichtet worden sind. Es ist auffallend, mit welcher Sorge diese Gräber von den Bewohnern geschont worden sind. Zufällig trafen wir auf unserer Wanderung über diese traurigen Felder jemanden aus Saarbrücken, der unseren fragenden Blicken ansah, daß wir fremd waren, und sich bereit erklärte, uns herumzuführen. Der Mann, der einen sehr ruhigen Eindruck machte, erzählte langsam, aber glaubhaft. Erst war er noch etwas zurückhaltend, bald wurde er aber zutraulicher. Die Franzosen hatten diese Gräber nicht geachtet. Sie hatten die Eisernen Kreuze auf den Massengräbern und auf den Einzelgräbern zerschlagen. Er sagte uns, die Vernichtung der Kreuze



sei ein bereitetes Zeichen dafür, mit welcher Pietätlosigkeit die Franzosen vorgegingen. Er erzählte, wie sie die Kränze gestohlen hätten, die am deutschen Totenfest auf den Gräbern niedergelegt worden wären. Endlich führte er uns zu dem Denkmal, das auf einem der Hügel zum Gedächtnis von 22 Offizieren, 32 Unteroffizieren und 468 Mannschaften des Grenadierregiments Nr. 12 „Prinz Karl von Preußen“ aufgerichtet worden war. Der bronzene Adler, der das Denkmal zierte, war abgebrochen. Später hatte man ihn wieder auf den Sockel gehoben, aber nicht in seine ursprüngliche Stellung, sondern auf dem Rücken. Unser Führer, der weiß Gott keinen fanatischen Eindruck machte, meinte, die französischen Soldaten hätten dieses Denkmal ganz besonders im Auge gehabt. Sie hätten es im Sommer als — Abort gebraucht. Auf dem Sockel des Denkmals standen die Worte: A bas la ... Weiter war nichts zu lesen, da der Sockel inzwischen gereinigt worden war. Im letzten Sommer, sagte unser Führer, sei das Denkmal noch so gewesen, wie ich es eben schilderte. Der Adler hätte auf dem Boden gelegen, daß einem „bald die Tränen gekommen wären“. Man könnte von den Deutschen in den Grenzlanden sagen, was man wolle. Solche Dinge würden sie nie getan haben. Die Gräber der Feinde hätten sie auch im Kriege ehrerbietig geschont.

Unser Führer brachte uns dann noch zu einem anderen Denkmal, dessen marmorner Adler, der eine Säule des Denkmals gekrönt hatte, verschwunden war. Die Stelle, auf der das Denkmal stand, war jetzt ein französischer Übungsplatz, und der Adler soll von dem Platz aus herabgeschossen worden sein. Wochenlang noch hatte er dagelegen, bis er eines Tages verschwunden war. Auch eine große marmorne Platte, die wahrscheinlich die Namen der Gefallenen getragen hatte, lag zerschlagen da und machte natürlich den allertaurigsten Eindruck.

Auf unserer Weiterreise nach Saarbrücken kamen wir an einem großen Kirchhof vorbei, wo ausschließlich Gefallene aus dem letzten Kriege begraben lagen. Dieser hübsch angelegte Kirchhof, das „Chrental“ geheißen, beherbergt u. a. einen großen Gedenkstein mit der Aufschrift: „A la mémoire des soldats français décédés en 1870/71.“ — Einige Gräber gefallener Franzosen zwischen den langen Reihen der deutschen Gräber war ebenso wie dieses Denkmal mit den französischen Farben „verzieren“. Man versicherte uns, daß es verboten wäre, Kränze mit deutschen Farben auf die deutschen Gräber zu legen.

Der Tag war uns durch diese Eindrücke vollkommen verdorben. Jeder verständige Franzose sollte dergleichen Dinge ebenfalls verurteilen. Wie aber ihre Auswirkung auf die deutsche Bevölkerung ist, haben wir zur Genüge wahrnehmen können.

## Eine Saar-Delegation beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing am 22. Mai als Vertreter der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, der Saarländischen Zentrumspartei und der Handelskammer Saarbrücken die Herren von Boch-Metlach, Kommerzienrat Dr. Hermann Röschling-Böfelingen, Rechtsanwalt Levaucher-Saarlouis und Assessor Lüdtke-Saarbrücken. Veranlassung der Berliner Reise war die Besprechung wichtiger Saarfragen. Die Delegation überbrachte bei dem Besuch des Reichspräsidenten die besten Glückwünsche des Saargebiets für seine Amtstätigkeit. Der Reichspräsident machte, wie ein Teilnehmer der saarländischen Abordnung mitteilt, einen durchaus frischen Eindruck. Mit bewunderungswürdiger Genauigkeit erkundigte er sich nach Einzelheiten aus Saarlouis und Umgebung, die ihm aus der Zeit seiner Tätigkeit beim Oberkommando des 8. Armeekorps noch in Erinnerung waren.

## Der preußische Minister Severing im Saargebiet.

Aus Anlaß des sozialdemokratischen Parteitages für das Saargebiet hatte sich der preußische Ministerpräsident in Saarbrücken eingefunden, um als Mitglied der sozialdemokratischen Partei daran teilzunehmen. Es war das erste Mal, daß ein Mitglied einer deutschen Regierung das Saargebiet besuchte und dort auch das Wort zu einer öffentlichen Ansprache nahm. Allerdings sprach er nicht als preußischer Minister, sondern wie erwähnt als Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Daraus erklärt sich wohl auch, daß seine Ausführungen das vermissen ließen, was man eigentlich von einem preußischen Minister hätte erwarten sollen. Wir sind mit seinen Ausführungen im Interesse der deutschen Politik im Saargebiet nicht restlos einverstanden, müssen ihn aber gegen die Kommentierung seiner

Rede in der Saarbrücker Volksstimme in Schutz nehmen, die sie als „eine große und glänzende Rechtfertigung der Politik“, wie sie in den Spalten des genannten Blattes seit langem verfolgt wurde, bezeichnete. Gegen einen solchen schwerwiegenden Vorwurf müssen wir den Minister in Schutz nehmen, wenn er auch keine Worte fand, die zur Sammlung riefen, zur Sammlung, um gemeinsam die im Saargebiet drohenden Gefahren abzuwehren. Es wäre sicherlich gut und nützlich gewesen, wenn Minister Severing in Saarbrücken auf die Dinge hingewiesen hätte, die uns einmündig und nicht auf die, die uns trennen. Mit Genugtuung dagegen stellen wir fest, daß er den Saarbrücker Sozialdemokraten wiederholt und unmißverständlich klar gemacht hat, daß die deutschen Sozialdemokraten deutsch sein müssen und daß sie in den gefährlichsten Zeiten in erster Front standen, um das Vaterland zu schützen und seine berechtigten Interessen zu wahren. Diese wie auch seine Bemerkung, daß man ein guter Deutscher sein müsse, um guter Weltbürger werden zu können, waren sicherlich sehr angebracht und sind hoffentlich von einigen Herrschaften im Saargebiet vernommen und verstanden worden, wie sie gemeint waren. Jedenfalls müssen wir Herrn Severing wegen dieser Worte in Schutz nehmen gegen die Bemerkung in der Volksstimme, daß seine Rede eine große und glänzende Rechtfertigung der Politik gewesen sei, die in ihren Spalten seit langem schon verfolgt wurde. Herr Severing hat sicherlich diese Politik der Volksstimme im Verlauf des letzten halben Jahres nicht verfolgt, sonst würde er Veranlassung genommen haben, auch mit Herrn Braun einmal gut deutsch zu reden. Dieser hätte dann keine Veranlassung mehr, in ganz unberechtigter Weise aus Ausführungen Severings eine Anerkennung seiner Politik zu konstruieren. Gegen diesen Vorwurf müssen wir Herrn Severing in Schutz nehmen und Herr Braun wird wissen, weshalb wir das tun müssen.

## Kleine Tageschronik.

### Jahrtausendfeier, Saargebiet und französische Propaganda.

Die unglaubliche Verfügung der Regierungskommission, daß beamtete Personen des Saargebiets an den offiziellen Veranstaltungen für die Rheinische Jahrtausendfeier nicht teilnehmen dürfen, hat nicht vermocht, die Vorbereitungen hierzu im Saargebiet zu stören. Aus diesen Vorbereitungen ergibt sich vielmehr, daß die Rheinische Jahrtausendfeier des Saargebiets sich zu einer überwältigenden Kundgebung für das Deutschtum gestalten wird, getreu den wiederholten Treubekennnissen der Saargebietsbevölkerung für das deutsche Vaterland. Vielleicht hat gerade der Versuch der Saarregierung, diese Veranstaltungen zu hintertreiben, die Bevölkerung noch mehr angepornt, einmütig sich an den Kundgebungen zu beteiligen. Es ist begreiflich, daß jene Kreise, die jede deutsche Regung an der Saar verhindern möchten, sich dadurch außerordentlich bedrückt fühlen. Alles was vom französischen Propagandafonds zehrt, wird mobil gemacht, um den überwältigenden Eindruck deutscher Treue an der Saar zu beeinträchtigen. Daß der „Neue Saarkurier“ mit seinem soeben zu insgesamt 5½ Monaten verurteilten Hausknecht Schöttler dabei nicht fehlen darf, ist selbstverständlich, denn gerade er erhält regelmäßig sein Futter aus der französischen Krippe. Er versucht die Jahrtausendfeier der Rheinprovinz dadurch mißliebig machen zu können, daß er behauptet, sie kostete Millionen, die besser für andere Zwecke verwendet werden sollten und bezeichnet diese Feier als lächerlich. Den stärksten Trumpf glaubt dieses Propagandablatt gegen die Feier damit auszuspielen zu können, daß es sagt, es handle sich hierbei um eine „nationalistische Hege übelster Art“. Beim Saarkurier, seinen Drahtziehern und Strohputzen sind solche Bemerkungen nicht verwunderlich, denn für sie ist alles nationalistisch, was deutsch ist. Wie sollte es auch anders sein, da die Gelder, von denen sie leben, aus den nationalistischen Kreisen westlich der Grenze stammen, soweit sie nicht von der französischen Regierung zur Verfügung gestellt sind. Das genannte Schmutzblatt ereifert sich weiter gegen die kameradschaftlichen Zusammenkünfte der ehemaligen Regimentsangehörigen und meint, daß die für die Regimentsvereine aufgebrauchten Mittel zum Fenster hinausgeworfen seien. Der Saarkurier und seine Leute können sich selbstverständlich nicht vorstellen, daß ein guter Deutscher für treue Kameradschaft auch finanziell etwas übrig hat; in seinen Kreisen kennt man keine Kameradschaft, sondern nur eine Verratschaft, für die man selbst nichts zu zahlen hat, wohl aber regelmäßig seinen Judaslohn bezieht. Schöttler als einer der Hauptmacher des „Saarbundes“ sollte das sehr gut wissen, da er, wie auch die übrigen Saarbundsmitglieder, regelmäßig ihre Propagandagelder beziehen.

**Saarbrücken.** Die Ortsgruppe Dudweiler des Pfälzer Waldvereins hat am 17. Mai eine neue Goethe-Tafel an dem „Brennenden Berg“ bei Dudweiler durch eine sehr ansprechende Feier eingeweiht. Diese Einweihung war zugleich ein Gedenkfest. Am 27. Juni 1925 werden 155 Jahre verflossen sein, seit der junge Dichter von Strazburg aus Saarbrücken und Umgebung besuchte. Er hat diesen Besuch bekanntlich im 10. Buch von „Wahrheit und Dichtung“ geschildert und hier Saarbrücken



als einen lichten Punkt in dem felsig-waldigen Lande bezeichnet. Goethe verweilte drei Tage in dem Hause des Präsidenten von Günderröde, dessen Familie er von Frankfurt her kannte. Dieses Haus stand zwischen der Schloßgartenmauer und der alten Saarbrücke mit der Aussicht auf den Fluß und die gegenüberliegende Stadt St. Johann. Leider wurde das hübsche und durch diese Goethe-Erinnerung bemerkenswerte Haus vor etwa 25 Jahren aus Verkehrsrücksichten niedergelegt und die Marmortafel, die der historische Verein für die Saarregion an dem Hause hatte befestigen lassen wurde schließlich in die Schloßgartenmauer eingegliedert. Von Seiten der Stadt Alt-Saarbrücken war eine Goethe-Anlage an dieser Stelle in Aussicht genommen worden, und die Stadtverwaltung war bereits mit dem Bildhauer Eberlein in Verbindung getreten, der ein Standbild des jungen Goethe für diese Stelle schaffen sollte. Aber die Städtevereinigung und der Weltkrieg haben diesen schönen Plan nicht zur Vollendung kommen lassen. Es wurden wohl einige Bäume gepflanzt, aber der Platz ist weit davon entfernt, den Namen einer „Goethe-Anlage“ zu verdienen. Es ist eine Ehrenpflicht der Großstadt Saarbrücken, hier Wandel zu schaffen und dem Plaze eine unseres großen Dichters würdige Gestalt zu geben, der das damals fast unbekannte Städtchen Saarbrücken in ein helles Licht gesetzt hat. Vielleicht finden sich auch einige wohlhabende Bürger, die diesen Plan durch Geldmittel unterstützen. — Oberpostschaffner a. D. M. Velt en ist im Alter von fast 78 Jahren gestorben. Der Verstorbene war in der katholischen Gemeinde Alt-Saarbrücken eine allbekannte und geschätzte Persönlichkeit und lange Jahre Mitglied der kirchlichen Gemeindevertretung. Er war ferner neben anderen Mitbegründer und Ehrenmitglied des Postvereins, Mitkämpfer des Feldzuges von 1870 und Inhaber des Allgemeinen Ehrenzeichens in Silber und des Kreuzes zum Allgemeinen Ehrenzeichen.

**Fürsthausen.** Die Einweihung der neuen katholischen Kirche fand am 24. Mai in feierlicher Weise statt. Der Ort trug aus diesem Anlaß reichen Schmuck, zu dem auch die evangelischen Mitbürger gern beigetragen hatten. Die Einweihungsfeierlichkeiten leitete Dekant Nikolay-Völklingsen unter Mithilfe mehrerer Kapläne. In seiner Festpredigt rühmte Dekant Nikolay die Opferwilligkeit der Bürgerschaft, die das Werk des Kirchenbaues möglich machte.

**Güchenbach.** Die Bergwerksdirektion Saarbrücken hat dem Gemeinderat mitgeteilt, daß sie die bisher gewährten jährlichen Zuschüsse zur Straßenbahn in Höhe von 120 000 Fr. rückwirkend ab 1. Januar einstellt. Bekanntlich wurde die Straßenbahn seinerzeit mit Unterstützung der preussischen Bergverwaltung gebaut, weil sie im Interesse der Grubenverwaltung und ihrer Arbeiterschaft liegt. Die französische Bergverwaltung glaubt auf solche sozialen Gesichtspunkte keine Rücksicht nehmen zu brauchen und überläßt die Bahn ihrem Schicksal. Die Ersparnisse werden natürlich nur dazu verwandt, um den zahlreichen Parasiten der Grubenverwaltung, wozu unter anderem auch der Saarkurier und sein personeller Anhang gehört, die Futterkrippe weiter füllen zu können.

**Riegelsberg.** In den wohlverdienten Ruhestand tritt am 1. Juni d. Js. der evangelische Pfarrer Abegg. In noch voller körperlicher und geistiger Frische verläßt er sein Amt, um einem jüngeren Amtskollegen Platz zu machen, nachdem er ununterbrochen der evangelischen Gemeinde Güchenbach-Riegelsberg nunmehr nahezu 42 Jahre als Seelsorger vorgestanden hat. Bereits im Februar d. Js. feierte seine Gemeinde unter reger Teilnahme der katholischen Mitbewohner den 70. Geburtstag des wegen seiner Leutseligkeit allgemein beliebten und geachteten Geistlichen in herzlichster Weise. Bis zur Neubesetzung der Pfarrstelle wird der Pfarrer Abegg die Verwaltung der evangelischen Kirchengemeinde weiter übernehmen. — In der evangelischen Nachbargemeinde Heusweiler ist der Geistliche, Pfarrer Zimmer, in fast gleichem Alter, bereits am 1. Mai in den Ruhestand getreten und hat bereits seine Gemeinde verlassen, um in seinem neuerstandenen Heime in Auerbach an der Bergstraße Wohnung zu finden.

**Spiesen.** Herr cand. phil. Karl Schnur von hier, Sohn des verstorbenen Lehrers Schnur, hat vergangene Woche mit sehr gutem Erfolg die Doktorwürde der philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. erworben.

**Uregweiler.** In der letzten Zeit wurden an der bekannten Römerstraße Nachgrabungen ausgeführt, um die alte Römerstraße aufzufinden. Die heutige Römerstraße, freilich nur noch ein Feldweg, verläuft nordöstlich des Ortes über die Hadenichs nach dem Weinhausköpfchen und heißt, weil sie nach dem Rheine führt, heute noch die Rheinststraße. Bei den Nachgrabungen hat man einige Meter von der jetzigen Straße, einen halben Meter unter der Erdoberfläche eine drei Meter breite gut erhaltene Straße aufgedeckt. Die Straße besteht aus ungehauenen Hartsteinen und gleicht dem Badlager einer Straße, die jetzt neu gebaut würde. Es wäre interessant zu wissen, wie weit diese Straße noch erhalten ist. Die Arbeiten sind jetzt eingestellt, der Kosten und des entstehenden Feldschadens wegen.

**Neunkirchen.** Durch einen Brand wurde die Schreinerei und Schneidemühle der Grube König bis auf die Umfassungsmauern eingestürzt. Der Schaden ist außerordentlich hoch.

**Saarlouis.** Am Sonntag, den 2. August dieses Jahres, findet in Magdeburg ein großer allgemeiner Regiments-Appell aller ehemaligen Dreißiger statt. Alle Kameraden, die im Krieg und Frieden im Regiment gedient haben, werden zur Teilnahme aufgefordert. Angehörige können mitgebracht werden. Anmeldungen zur Teilnahme werden bis spätestens 20. Juli an Regiments-Kameraden Herrn G. Naunapper-Magdeburg, Scharnhorststraße 6, erbeten.

**Mettlach.** Die Cloe bei Orscholz, ein herrlich gelegener Aussichtspunkt im unteren Saargebiet, ist wieder instand gesetzt. Die Waldwege werden demnächst ebenfalls wieder ordentlich hergerichtet und ein neuer Weg von der Cloe zur Saar angelegt werden.

**St. Ingbert.** Der 25 Jahre alte Maler Josef Beß ist, wie aus Berlin gemeldet wird, beim Baden ertrunken. Er ist ein Sohn des verstorbenen Faktors Beß von hier.

**Homburg.** Das bei dem Direktor Seebald beschäftigte Dienstmädchen Luise Hoffmann kam mit seinen Kleidern der Feuerung eines Waschkessels zu nahe, so daß diese in Brand gerieten. Das Mädchen erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß es trotz sofortiger ärztlicher Hilfe bald darauf verstarb.

## Personalnachrichten.

**Die Beisetzung des in Vacarno verstorbenen Freiherrn Ferdinand von Stumm** fand auf seinem Landgut Rohlfors bei Segeberg (Holstein) statt. Zu der Feierlichkeit war eine Abordnung von Neunkirchen abgesandt. In der Kirche zu Warber bei Segeberg war die Leiche des Entschlafenen unter einer Pracht von Blumenpenden aufgebahrt. Von allen Vereinigungen der Stumm'schen Werke waren Kränze gesandt. Pastor Jürgensen-Warber hielt eine kurze Liturgie. Darauf wurde der Sarg unter den Klängen eines Chorals von Förstern zur Gruft am Warber See getragen. Pastor Jürgensen hielt hier die Trauerrede und gedachte in ehrenvollen Worten des Verewigten. Er erwähnte u. a., daß der Verstorbene ein Vertrauensmann des alten Kaisers Wilhelm I. und Bismarcks war. Die Anspruchslosigkeit der Freiherrn von Stumm habe ihm viele Freunde erworben. Pastor Jürgensen hob hervor, daß der Spruch: „Wir haben einen guten Mann begraben“, auf den Verstorbenen voll zutraf. Als Inschrift auf seinen Grabstein hatte er sich gewünscht: „Es ist der Tod nur ein Eingang in das Leben“. Möge dem um sein Vaterland hochverdienten Manne unter der Weide am Warber See die Erde leicht sein.

**Der Oberkantor der Saarbrücker israelitischen Gemeinde, Julius Dikner,** ist im Alter von 63 Jahren gestorben. Er war 33 Jahre Seelsorger und Erzieher der israelitischen Jugend. Er erfreute sich nicht nur bei seinen Glaubensgenossen sondern bei der gesamten Bevölkerung größte Wertschätzung. An seiner Beerdigung beteiligten sich denn auch eine große Zahl von Vertretern der einzelnen Korporationen, Vereinen und Kulturgemeinschaften. Sein sympathisches Wesen und seine aufrichtige Gesinnung sichern ihm über das Grab hinaus ein ehrenvolles Andenken.

**Das Fest der goldenen Hochzeit** feierten am 20. Mai die Eheleute Scherfchel in Hirzweiler, beide im fünfundsiebzigsten Lebensjahre; ferner die Eheleute Christian Oberkircher in St. Ingbert (der Jubilar hat 35 Jahre lang das Amt eines Glöckners der evangelischen Kirchengemeinde innegehabt); die Eheleute Johann Mathieu in Werschweiler (81 und 71 Jahre alt).

**Auf eine 40jährige Tätigkeit** bei der Eisenbahn-Direktion Saarbrücken konnte der Oberamtmann Geitner zurückblicken. Aus diesem Anlaß erfolgte seine Ernennung zum Regierungsbaurat.

**Die langjährige Wirtin der früheren historischen alten Bremm,** Frau Luise Salin geb. Petry, ist im Alter von 76 Jahren gestorben. Sie ist wohl jedem Saarbrücker bestens bekannt als treu-deutsche Frau und tüchtige und fürsorgliche Wirtin, als welche sie zuerst in der alten Bremm tätig war, bis sie später die neue Bremm in der Nähe des Spicherer Berges erbaute und dort den Betrieb weiterführte.

**Todesfälle.** Saarbrücken: Peter Biker, 68 Jahre; Frau Maria Hoffmann, geb. Treinen, 52 Jahre; Frau Maria Lamm, geb. Balzer, 57 Jahre; Frau Wwe. Mina Grünebaum, geb. Schönfeld, 72 Jahre; Eisenbahnschlosser Wilhelm Hoenig, 24 Jahre; Fritz Weiß, 50 Jahre; Brauereidirektor a. D. Georg Herß, 69 Jahre; Thea Schumann, 24 Jahre; Hütten-Pensionär Matthias Simon, 72 Jahre. — Ludweiler: Königl. Einfahrer i. R. Heinrich Uhl, 62 Jahre. — Laubkirchen: Wilhelm Schuler, 76 Jahre. — Wellesweiler: Betriebstechniker Robert Dorst, 27 Jahre. — Neunkirchen: Kaufmann Johann Baier, 58 Jahre; Frau Karoline Ruffing, geb. Anschütz, 70 Jahre; pens. Zugabfertiger Peter



Bruch, 67 Jahre. — Sinnesthal: Benj. Bergmann Karl Morisch, 65 Jahre. — Wadgassen: Frau Jacob Wilhelm, Maria geb. Drescher, 28 Jahr. — Saarlouis: Gastwirt Jakob Schneider, 55 Jahre. — Eschinger-Mühle: Mühlenbesitzer Emil Philippi, 41 Jahre.

### Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Die Wirtschaftslage im Saargebiet hat sich weiter verschlechtert, so daß z. B. in der saarländischen Eisenindustrie zum Teil Feierschichten eingelegt werden. So wurde kürzlich auf dem Homburger Eisenwerk eine Feierschicht verfahren, die mit Auftrags- und Absatzmangel begründet wurde.

### Vom Saargrubenbau.

#### Frankreichs Raubbau auf den Saargruben.

Der „Saarbergknappe“ schreibt über die Zustände auf den Saargruben, die im Versailler Vertrag Frankreich zur Ausbeutung übergeben werden mußten, folgendes: Die Sucht nach Höchstförderung, die sich aus der Sucht nach möglichst hohen Gewinnen ergibt, hat dazu geführt, minderergiebige Flöze brachliegen zu lassen und einen Raubbau zu treiben in den guten und ertragreichen Flözen. Eine solche Methode hat eine Kürzung der Lebensdauer des Saarbergbaues zur Folge. Große Gefahren ergeben sich daraus für die Bergleute und die ganze übrige Bevölkerung des Saargebietes. Das Wirtschaftsleben basiert auf den Kohlenschätzen des Gebietes. Stark ein Drittel der Bevölkerung hat ihren Unterhalt unmittelbar durch die Gruben. Weitesten Schichten der Bevölkerung mittelbar. Werden durch den gekennzeichneten Raubbau während der noch ausstehenden zehn Jahre bis zur Abtimmung die Gruben in ihrer ferneren Rentabilität gefährdet, dann werden die Bergleute und weiteste Schichten der übrigen Bevölkerung die Leidtragenden sein. Frankreich hat inzwischen erkannt, daß es die Bevölkerung des Saargebietes politisch nicht gewinnen kann. Damit schwindet ihm auch die Hoffnung auf dauernden Besitz der Saargruben. Also sucht es aus diesen herauszuschlagen, was sich nur heraus schlagen läßt. Darum also der Raubbau an Flözen und Menschen. Gegen diese Methode muß die Bergarbeiterschaft und das übrige Saarvolk geschlossen Front machen. Es darf dem jetzigen Besitzer der Gruben nicht gestattet sein, nach seinem Belieben die Zukunft des Bergbaues an der Saar und des Saarvolkes zu gefährden.

**Opfer französischer Raubbaues:** Auf der Grube Altenwald wurde der 52 Jahre alte Bergmann Mattheuer durch herabfallende Gesteinmassen verschüttet, so daß er nur noch als Leiche geborgen werden konnte.

Die Folgen der Grubenschäden machen sich auch in Hühnerfeld seit einiger Zeit recht unangenehm bemerkbar. Das in der Ziegelstraße gelegene Haus des Bergmannes H. wurde derartig in Mitleidenenschaft gezogen, daß es nötig geworden ist, dasselbe im Keller sowie in den Obergeschossen an zahlreichen Stellen zu stützen, um es vor Einsturz zu bewahren. Auf wiederholtes Drängen des Eigentümers erklärte sich die Grubenverwaltung zur Instandsetzung bereit, wenn H. die Hälfte der Unkosten trage. Ein derartiges Anerbieten ist auf das Schärfste zu verurteilen, denn nach dem Berggesetz, das auch heute noch im Saargebiet in Geltung ist, hat die Grubenverwaltung für allen durch Grubenschäden entstehenden Schaden aufzukommen.

### Spiel und Sport.

Die Turnerschaft des Saargebietes rüstet zum 15. Saarbrückener Turn- und Spielfest (Spicherer Berg-Turn- und Spielfest), das vom 23.—26. Juli auf dem Spielplatz des Männerturnvereins Saarbrücken am kleinen Exerzierplatz stattfinden wird. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses Dr. Kalesfeld richtet an alle Turner und Turnerinnen im Gauverband, im Kreis und in der deutschen Turnerschaft, an die Schulen der Stadt Saarbrücken und der näheren Umgebung die herzliche Bitte, sich recht zahlreich an der Turnveranstaltung zu beteiligen. Bekanntlich ist das Spicherer-Berg-Turn- und Spielfest eine seit 20 Jahren historisch gewordene Veranstaltung der Saarturnerschaft, die in Zusammenhang steht mit den Augustfeiern zur Pflanzung der Kriegergräber auf den Spicherer Höhen.

## Das Saargebiet in Gefahr!

Jeder Deutsche muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ sein!

## Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

**Bund Saarverein. Ortsgruppe Dortmund.** Die letzte Versammlung der Ortsgruppe Dortmund brachte für sämtliche Teilnehmer insofern eine Überraschung, als sie nicht im gewohnten Vereinslokal, das vom neuen Wirt für seine eigenen Zwecke ohne ordnungsmäßige Benachrichtigung des Vorstandes in Anspruch genommen war, stattfand. Die Eingetroffenen zogen geschlossen in das durch Vermittlung der Landsleute Nading und Brenner gewonnene neue Vereinslokal Restaurant Berghoff am Körnerplatz, woselbst die Erschienenen vom vorausgeleiteten 1. Vorsitzenden Herrn Dr. Weise gegen 6 Uhr begrüßt wurden. Dieser geißelte die unfaire Art und Weise des bisherigen Vereinswirtes und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir in dem neuen Vereinslokal, wo wir recht liebenswürdig aufgenommen wurden, gemütliche Stunden verleben möchten. Er bedauerte besonders, daß wir durch den plötzlichen Umzug nicht in der Lage wären, die reichhaltige und wichtige Tagesordnung zu erledigen. In der Hauptsache handelte es sich um die Wahl der Delegierten für den Bundestag in Hannover, wofür auf seinen Vorschlag die Mitglieder Schriftführer Walter und Frau sowie Kassenwart Berkeßel gewählt wurden. Hierauf trug Frau Dr. Weise ein Gedicht in heimischer Mundart vor, das sehr viel Beifall fand. Nach einem freundlich aufgenommenen Klaviervortrag von Fräulein Zehle wurde Frau Dr. Weise wieder veranlaßt ihre Vortragskunst in den Dienst der Versammlung zu stellen, was sie bereitwillig tat durch Vorlesen des Gedichtes: „Wie es jetzt in Saarbrücken aussieht“ aus dem Saarkalender 1925, dadurch wahre Lachsalven erzielend. Erst gegen 10 Uhr trennte man sich, nachdem noch Fräulein Zehle einige Proben ihrer Kunst auf dem Klavier gegeben hatte.

**Der Verband der Beamten und Angestellten der Reichsunfallversicherung,** der durch den Bund der Angestellten der Reichssozialversicherung dem Deutschen Beamtenbunde angehört, hielt am 22., 23. d. M. seinen Verbandstag in Berlin „Rheingold“ ab. An der Tagung nahmen Vertreter der Berufsgenossenschaftsbeamten aus 57 Städten des deutschen Reiches teil; außerdem waren das Reichsarbeitsministerium, das Reichsversicherungsamt sowie Mitglieder des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates vertreten. Als Vertreter des Saargebietes war Herr Büroworsteher Friedrich Saarbrücken erschienen, der besonders herzlich begrüßt wurde. Am ersten Tage stand als Hauptpunkt ein Vortrag des Privatdozenten Dr. Richter, von dem Institut für Arbeitsrecht an der Universität in Leipzig über das Thema „Beamte und Angestellte in der Sozialversicherung“ auf der Tagesordnung. Nach Darlegung der Unsicherheiten und der Verworrenheit in den Rechtsverhältnissen aller in der Sozialversicherung Beschäftigten kam Dr. Richter zu dem Ergebnis, daß zur Beseitigung dieser Mißstände für die in der Sozialversicherung Tätigen einheitlich das Beamtenrecht anzuwenden sei. Die Versicherungsträger sind vom Reich geschaffene Einrichtungen, die der Volksgemeinschaft gegenüber obrigkeitliche Tätigkeit ausüben; die in ihr Tätigen sind daher als Sachverwalter des Reiches anzusehen. In einer Entschließung, die allen maßgebenden Stellen zugesandt wurde, forderten die Vertreter des tagenden Verbandes, der mehr als 1/2 aller Berufsgenossenschaftsbeamten in sich vereinigt, daß die Rechtsverhältnisse aller in der Sozialversicherung Beschäftigten bald einheitlich im beamtenrechtlichen Sinne geregelt werden.

**Bund Saar-Verein Ortsgruppe: Frankfurt a. M.** Der Saarbrücker Männergesangsverein Niederfranz unternimmt am 15. August eine Sängerfahrt nach Frankfurt a. M. und veranstaltet dort im Benehmen mit der Ortsgruppe des Saar-Vereins, den Frankfurter Sängerbund und der Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Verbände im Saalbau ein großes Konzert. Im Anschluß daran Sängerkommers unter Mitwirkung einer Musikkapelle. Am 16. vormittags Empfang des Vereins durch die Stadtverwaltung im „Römer“, nachm. große gesangliche und musikalische Veranstaltung in der Festhalle für die Frankfurter Bevölkerung, eine Rundgebung „Saar, Rhein und Main“ im Rahmen der rheinischen Jahrausendfeier. Die Veranstaltung begegnet in Frankfurt a. M. großem Interesse und bereitwilligem Entgegenkommen.

**Ortsgruppe Frankfurt a. M.** Die regelmäßige Mitgliederversammlung findet jeden letzten Dienstag im Monat, abends 9 Uhr, im Bürgerverein, Stiftstraße 39 II, statt. Jeder Freund der Saarsache ist zu diesen Monatsversammlungen herzlich eingeladen. Der Saarbrücker Stammtisch in Frankfurt a. M. tagt jeden Donnerstag abend im Henninger-Bräu, Gr. Eschersheimer Straße, nahe dem Schillerplatz. Jede Auskunft über die Ortsgruppe Frankfurt a. M. usw. erteilt jederzeit gern die Geschäftsstelle Mainluftstraße 2.

**Einen Begrüßungsabend zu Ehren des Saarbrücker Eisenbahnsängerkors** (Vorlesender: August Deuter, Dirigent: Otto Schrimpf) veranstalten die Landsleute des Bundes „Saar-Verein“, Ortsgruppe Berlin, und der Eisenbahnverein in Berlin



am Dienstag, den 9. Juni 1925, abends 8 Uhr, in den Räumlichkeiten des Preussischen Landtages, Berlin SW. 11, Prinz-Albrecht-Straße 5. Festfolge. I. Teil (Im großen Saal des früheren Herrenhauses, Leipziger Straße) 1. Festmarsch, Kapellmeister Winkel. 2. Saarbrücker Sängerkreis und Gesangsvortrag des Eisenbahn-Sängerkreis von Saarbrücken. 3. „Das deutsche Lied“, Gesangsvortrag der vereinigten Sängerkreise der Berliner Eisenbahn-Bezirksvereine, Chormeister Korth. 4. Begrüßung der Saarländer durch Vertreter der Reichs-, Staats-, Eisenbahn- und Kommunalbehörden und des Bundes „Saar-Verein“. II. Teil (In der Wandelhalle und in den Restaurationsräumen des Landtages) Gemütliches Beisammensein bei Musik- und Gesangsvorträgen der Saarbrücker- und Berliner Eisenbahn-Sängerkreise. Chormeister der verschied. Eisenbahn-Sängerkreise Hoffmann, Korth, Koak, Schwichtenberg, Ungewitter. Die Ankunft des Saarbrücker Eisenbahn-Sängerkreis erfolgt Montag, den 8. Juni 1925, 6.55 Uhr, auf dem Potsdamer Bahnhof. Dasselbst Begrüßung durch den Herrn Präsidenten Weisbach der Reichsbahndirektion Berlin und die Vereinigten Berliner Eisenbahn-Sängerkreise, Dirigent Hoffmann.

**Unterbringung von Saarkindern in Schleswig-Holstein.** In Kiel fand am 16. Mai 1925 eine Besprechung des landwirtschaftlichen Ausschusses statt. Zu dieser Versammlung war auf Veranlassung des Herrn Landrats Dr. von Mohl ein Vertreter des „Saar-Vereins“ gebeten worden, um über das Saargebiet und seine augenblickliche Not zu berichten. Herr Ommert berichtete als Vertreter des „Saar-Vereins“ in diesem Sinne und legte hauptsächlich den Anwesenden klar, daß die Verbringung von Saarkindern aus dem Saargebiet nach anderen Teilen unseres Vaterlandes sehr von Nutzen sei. Den fortwährenden Bemühungen der französischen Propaganda, unsere deutschen Kinder im Saargebiet französisch einzustellen, überhaupt vollkommen französisch zu orientieren, müsse dadurch entgegengetreten werden, in urdeutschen Familien deutsches Wesen, deutsche Kultur zu pflegen und Erinnerung an die deutsche Vergangenheit wachzurufen. Herr Ommert legte in eindrucksvoller Weise den Anwesenden klar, daß sie ein gutes Werk tun, wenn auch sie ihre gastlichen Stätten von Schleswig-Holstein unseren Saarkindern zur Verfügung stellen würden. Herr Hofbesitzer August Blöcker-Klein-Harri bei Neumünster, der in Vertretung des Landrats die Versammlung leitete, dankte für die Ausführung des Herrn Ommert und stellte an Hand der Zustimmung der Anwesenden fest, soweit ihr Einfluß reiche, die betreffenden Ortschaften dafür mobil gemacht werden, um auch dem Wunsche ihres Herrn Landrats entsprechend recht viel Saarländer aufnehmen zu können. Am Sonntag, den 17. Mai 1925, fand in Neumünster eine Versammlung der Ortsvorsteher des Landkreises Bornesholm-Süd im Restaurant Hofbräu statt. Auch hier hatte es Herr Landrat Dr. von Mohl in geschickter Weise verstanden, einen großen Kreis maßgebender Herren der einzelnen Gemeinden dem Vertreter des „Saar-Vereins“, Herrn Ommert, zu seinen Ausführungen über das Saargebiet zur Verfügung zu stellen. Wie in Kiel, so waren auch hier die Anwesenden davon überzeugt, daß ein jeder gute Deutsche nach Maßgabe seiner Kraft und Möglichkeit verpflichtet ist, an der Wiederaufrichtung und Auffrischung unseres Deutschtums an der Saarjugend mitzuhelfen. Einstimmig stellte Herr Landrat Dr. von Mohl fest, daß seine Anregungen besonders durch die fernigen und eindringlichen Darlegungen des Redners, über das Saargebiet auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Es werden in den nächsten Tagen den einzelnen Gemeindevorstehern entsprechende Listen zur Aufnahme und Verteilung von Kindern in ihren Gemeinden zugestellt, sobald in kürzester Zeit angegeben werden kann, welche Zahl von Kindern in diesen Bezirk aufgenommen werden kann. Es wäre eine schwere Unterlassung und gröbliche Verletzung der Dankspflicht, wenn nicht bei dieser Gelegenheit noch ausdrücklich darauf hingewiesen würde, daß Herr Landrat Dr. von Mohl, nur getrieben aus reiner Vaterlandsliebe und Interesse an unseren Randstaaten, sich die größte Mühe gegeben hat, um für das treudeutsche Saargebiet die Unterbringung einer großen Anzahl von Kindern zu ermöglichen. Hierfür sei ihm der aufrichtigste Dank aller guten Deutschen im Saargebiet ausgesprochen mit der Hoffnung, daß die Verbindung, die durch die lebendigen Kinder von Saargebiet nach dem schönen Schleswig-Holstein getragen wird, bestehen bleiben möge für alle Zeiten.

### Bücherchau.

Die Saarbrücker Druckerei und Verlags-A.-G. wird während der 5. Tagung des Bundes Saar-Verein, verbunden mit einer großen Saarkundgebung anlässlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande, am 5., 6., 7. und 8. Juni in der Buchhandlung P. Kleineberg, Buch- und Kunsthandlung, Hannover, Posthornstraße 10a, die in der heutigen Anzeige der Saarbrücker Druckerei und Verlags-A.-G. aufgeführten Werke zum Verkauf ausstellen.

Im Verlage Wilhelm Köhler, Minden, ist nunmehr das bereits angekündigte Buch: „In französischen Kertern“ erschienen. Herausgeber ist der Saarländer Gustav Ritter und Edler v. Dettinger, der nach seiner Rückkehr aus französischer Gefangenschaft des öfteren durch Veröffentlichungen in der Presse hervorgetreten ist. Der Verfasser weiß spannend zu erzählen, was er mit seinen Leidensgefährten im Jahre 1923/24 in den Gefängnissen im Rheinland, auf dem Transport durch Frankreich und besonders im Zuchthaus St. Martin de Ré auf der Insel Ré erdulden mußte, wo die Deutschen der Brutalität französischer Raubmörder und der niederträchtigen Gemeinheit gewissenloser Beamter ausgeliefert waren. Das Buch ist eine wahrheitsgetreue, ergreifende Schilderung der qualvollen Leiden und haarsträubenden Mißhandlungen, denen so viele unserer Landsleute als politische Gefangene, während des Ruhrkampfes von seiten sadistischer Franzosen wehrlos preisgegeben waren und bedeutet eine furchtbare, niederschmetternde Anklage gegen Frankreichs Bestialität vor der ganzen Kulturwelt.

### Die Druckschriftenempfehlung

#### „Rheinische Schicksalsfragen“

der Verlagsbuchhandlung Reimar Hobbing liegt einem Teil der heutigen Auflage des „Saar-Freund“ bei.

Wir machen die Leser unseres Blattes darauf ganz besonders aufmerksam.

Im  
**Verlag**  
der  
**Saarbrücker  
Landes-Zeitung**

sind erschienen:

	Goldmark
<b>Die Geschichte des Saargebietes.</b> Von Prof. Dr. h. c. Rappersberg. Interessante Zusammenfassung der geschichtlichen Entwicklung des Saargebietes von den Anfängen der Kelten- und Römerzeiten bis in unsere Tage hinein, mit zahlreichen Illustrationen.	15,—
<b>Das schöne Land an der Saar.</b> Von Kunstmaler H. Keuth. Ein Bilderwerk voll hoher Schönheit und innigster Naturfreude, in dem das Herz der Saarheimat schlägt.	9,—
<b>Mettlach, die Abtei, ihr Gründer u. ihre Geschichte.</b> Von C. Conrad Mettlach.	1.20
<b>Blieskastel und sein Gnadenbild.</b> Von Hermann Josef Becker. Interessante, lebhaftes Schilderung der geschichtlichen und religiösen Begebenheiten der bekannten Gnadenstätte zu Gräfenal und der Heilighauskapelle zu Blieskastel.	1.50
<b>Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiter-Organisation an der Saar.</b> Von Karl Alfred Gabel. Umfang 200 Seiten.	1.50
<b>Lohnpolitik und Produktionsergiebigkeit im Preussisch-Fiskalischen Saarkohlenbergbau.</b> Von Paul Georg Quirin, Doktor der Staatswissenschaften.	2.50
<b>St. Ingbert und seine Vergangenheit.</b> Eine geschichtliche Heimatkunde. Von Studienrat Wolfgang Krämer.	12.50
<b>Die Eisenbahn-Güterfrachten im Saargebiet.</b> Universelles Nachschlagewerk von größter Bedeutung. Von Otto Schmidt-Schulde.	9,—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen  
oder direkt durch die

**Saarbrücker Druckerei u. Verlag A.-G.**  
Saarbrücken 3      Rathausplatz 5



Das Neunkircher Realgymnasium feiert in diesem Sommer sein

## 50 jähriges Bestehen.

Zu dieser Feier werden Sie herzlich eingeladen.

Verlauf: Montag, den 27. Juli, 8 Uhr: Begrüßungsabend im Saalbau; Dienstag, den 28. Juli, 10 Uhr: Festakt im Saalbau, nachmittags von 3 Uhr an Parkfest; Mittwoch, den 29. Juli: Ausflug.

Sie werden gebeten, die Antwortkarte auf jeden Fall ausgefüllt möglichst bald zurückzuschicken.

Teilnehmerkarten werden während des Festes ausgegeben.

Mit deutschem Gruß

Der Festausschuss  
i. A.: Dr. Tröskel.

## Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft

von Otto Andres.

Von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94 II, zum Preise von 1,— M. zu beziehen.

## Saar-Stammtisch in Berlin

Die regelmäßigen Zusammenkünfte unserer Landsleute aus dem Saargebiet, unserer Freunde und Bekannten finden

**jeden Donnerstag abend im Restaurant**

**„Dessauer Garten“, Dessauer Straße 1**

statt.

i. A.:

Ingenieur E. Pabbe Müßlelehrer A. Köller.

## Der Saarkalender für 1925

ist ein Gedent- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen. Er enthält ernste und heitere Schilderungen der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Zeitafeln, saarländische Anekdoten, Witze usw. und bekommt durch Beiträge guter Schriftsteller eine hochwertige literarische Note. Ein Handbuch von dauerndem Wert für Kinder und Erwachsene. Der Preis dieses ausgezeichneten Werkes beträgt 2,50 M. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924 des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11  
Königgräber Straße 94 II.

Wer kann

## Ingenieur

(Saarländer) 26 J., verh., Abs. d. Techn. Mittweida, m. 4½ jähr. Werkst.- u. 1½ jähr. Büropraxis u. la Zeugnisse, z. Zt. in ungekündigter Stellung als Wirtsch.-Ing., m. beratender Tätigkeit i. Sachsen, zu einer Stellung als

## Betriebs-Ingenieur

in mittlerer Fabrik Mitteldeutschlands verhelfen?  
Angebote unter X. X. an die Exp. d. Bl.

## Das Blatt aller Rheinländer!



Halbmonatsschrift für den besetzten deutschen Westen

Verlag „Rheinischer Beobachter“, Berlin SW 61, Großbeeren-Str.

Mit der illustrierten Heimatbeilage „Der schöne Rhein“

Frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit fesselndem Inhalt, vertritt der „Rheinische Beobachter“ kraftvoll die Interessen der Rheinischen Volksgenossen und lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefen nur 50 Pfg.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag  
Berlin SW 61, Großbeeren-Straße 17.

Die illustrierte Monatschrift

## Elsaß-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst

(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elsäß-lothringische Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

\*

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: „... eine Zeitschrift, die ein ausdrucksvolles Angehen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unbeugsamen Lebenskraft die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem Wechsel der Herrschaft sich zu behaupten wissen.“ — „Germania“, Berlin: „... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden darf, in der richtigen Weise angepackt.“ — „Unabhängige Nationalkorrespondenz“: „Politisch und kulturpolitisch Interessierten sei die Zeitschrift dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen. Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut.“ — „Preussische Jahrbücher“: „Die Monatschrift vertritt die Stammesinteressen dieses ferndeutschen Landes in zäher Verteidigung und gewandtem Angriff — unwahren Tendenzen abhold — große Sachlichkeit.“ — „Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute elsäßische Geistesart zum Wort kommen zu lassen.“ — „Schwäbische Volkspresse“ (Temesvár, Rumänien): „musterbildend geleitete Hefte.“ — Sowohl die politischen Aufsätze wie das übrige der Hefte ausgezeichnet.“

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.  
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken, Schweiz 10 schw. Franken übriges Ausland 2 amerik. Dollar.  
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.  
Postfachkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW. 7 Nr. 109799.

## Vertriebene aus Elsaß-Lothringen

müssen in ihrem eigenen Interesse stets die

## „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle Fragen, elsäß-lothringische Erzählungen und Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von

**70 Pfennig monatlich**

bei der Expedition der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“  
Freiburg i. B., Röderstr. 12.



# 5. Tagung des Bundes „Saar-Verein“

(Vertreter-Versammlung)

verbunden mit einer

großen Saarkundgebung im Stadion anlässlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande  
in Hannover am 6. und 7. Juni 1925.

I. Empfang der Gäste im Hotel Luisen Hof, Luisenstr. 3/4,  
am Freitag, den 5. Juni, von nachmittags 2 Uhr ab.

II. Mitglieder- und Vertreterversammlung (geschäftliche  
Sitzung) am Sonnabend, den 6. Juni, vormittags  
10 Uhr, im Hotel Luisen Hof, Luisenstraße 3/4.

## Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit des Bundes und  
der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Jahre 1924 und  
Kassenbericht für 1924.  
Berichterstatter: Verwaltungsdirektor Vogel.
2. Feststellung der vertretenen Orts-  
gruppen, der anwesenden Einzelmitglieder usw.
3. Antrag Ommert, Abänderung des § 7 der  
Satzungen, die Wahl des Vorstandes betreffend:  
Hinter den Satz: „Die Vorsitzenden und die Bei-  
sitzer werden auf drei Jahre von der Mitgliederver-  
sammlung (Bundestagung) gewählt“ ist zu setzen:  
„Alljährlich scheidet durch Auslosung ein Drittel der  
Beisitzer aus, deren Wiederwahl zulässig ist.“  
Berichterstatter: Oberlandesgerichtsrat An-  
dres-Naumburg und techn. Eisenbahnassistent Om-  
mert-Berlin.
4. Antrag auf Abänderung des § 9 der  
Satzungen wegen der Vertretung des Vorstandes  
auf Grund der Bestimmungen des Bürgerlichen Geset-  
zbuches. Es wird beantragt, an Stelle des Satzes:  
„Der Vorstand vertritt den Bund gerichtlich und außer-  
gerichtlich“ zu setzen: „Der Vorsitzende und der Ge-  
schäftsführer des Bundes „Saar-Verein“ bilden den  
Vorstand im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches“,  
und überall, wo sonst in den Satzungen vom „Vor-  
stand“ die Rede ist, zu setzen „weiterer Vorstand“.  
Berichterstatter: Oberlandesgerichtsrat An-  
dres.
5. Ergänzungs- bzw. Neuwahl des Vorstandes.
6. Wahl der Rechnungsprüfer für das Jahr  
1925.
7. Bericht über die weitere Entwicklung der  
Vereinsarbeit.  
Berichterstatter: Oberlandesgerichtsrat An-  
dres.
8. Beschlussfassung über sonstige einge-  
gangene Anträge.
9. Bundestagung 1926.
10. Verschiedenes.

III. Große öffentliche Versammlung des Bundes „Saar-Verein“ am Sonnabend, den 6. Juni, nachmittags um  
4 Uhr, im Hotel Luisen Hof, Luisenstraße 3/4.

## Tagesordnung:

- a) Begrüßung und Bericht des Vorsitzen-  
den des Bundes „Saar-Verein“ über die  
politische Lage im Saargebiet: Oberlandesgerichtsrat  
Andres.
- b) Vortrag des Herrn Rechtsanwalt und  
Notar Giersberg-Magdeburg: „Die  
Fremdherrschaft im Saargebiet. Rück-  
blick und Ausblick.“
- c) Vortrag des Herrn Direktor Karius-  
Saarbrücken über „Die heutigen poli-  
tischen, wirtschaftlichen und kultu-  
rellen Verhältnisse im Saargebiet.“

d) Aussprache über diese und alle sonstigen  
Saarfragen.

e) Schlusswort: Verwaltungsdirektor Vogel.

IV. Festkommers am Sonnabend, den 6. Juni, abends um  
8 Uhr in der Ausstellungshalle bei der Stadthalle.

## Festordnung:

1. Musikstück.
  2. Begrüßungsansprache durch den 1. Vorsitzenden der  
Ortsgruppe Hannover.
  3. Ansprache des Bundesvorsitzenden, Herrn Oberlandes-  
gerichtsrat Andres, Naumburg a/S.
  4. Rezitationen, Paul Markworth.  
a) Mittelstinds Erwachen, Gedicht von Dr. Günther.  
b) Die Loreley, Gedicht von Endrikat, Melodrama, be-  
arbeitet von Herm. Rikau. Am Klavier: Der  
Komponist.
  5. Gesangsvortrag: Männer-Gesang-Verein „Lä-  
titia“, Hannover.
  6. Ansprache des Saarbrücker Landesratsmitgliedes,  
Herr Direktor Karius-Saarbrücken.
  7. Dialekt-Vortrag von Paul Markworth.
  8. Turnerische Vorführungen unter Leitung  
des Herrn Turnlehrers Seidel.
  9. Ansprache des Herrn Kommerzienrates Dr. H. Rösch-  
ling-Saarbrücken.
  10. Scherz und Anekdoten von Paul Markworth.
  11. Fidelitas
- V. Befestigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt Hannover  
am Sonntag, den 7. Juni, vormittags von 9 Uhr ab  
unter Führung von Mitgliedern der Ortsgruppe in  
Hannover.
- VI. Aufstellung des Festzuges in der Herrenhäuser Allee zum  
Abmarsch nach dem Stadion am Sonntag, den 7. Juni,  
mittags um 1 Uhr.  
Beginn der großen Saarkundgebung anlässlich der Jahr-  
tausendfeier der Rheinlande im Stadion, Sonntag, den  
7. Juni, nachmittags um 4 Uhr.
1. Eröffnungs- und Festrede zur Jahr-  
tausendfeier der Rheinlande und der  
großen Saarkundgebung.
  2. Grüße des treudeutschen Saarkvolkes:  
Herr Pfarrer Halke-Saarbrücken.
  3. Treue um Treue. Ansprache Herr Pastor Rosch-  
Andernach.  
Gemeinschaftliches Lied: „Deutschland über alles.“
- VII. Festessen abends 6 Uhr in der Ausstellungshalle bei der  
Stadthalle.
- a) Willkommengruß des Bundes „Saar-  
Verein“, Ortsgruppe Hannover. Vorsitzender  
Herr Polizei-Inspektor Heinrich.
  - b) Ansprache des Vorsitzenden des Bundes  
„Saar-Verein“, Herr Oberlandesgerichtsrat  
Andres-Naumburg.
  - c) Gruß an die deutschen Frauen: Herr Regie-  
rungspräsident Dr. v. Halfern-Hildesheim.  
Die Festordnung wird im Saale verteilt.
- VIII. Gemütliches Beisammensein bei Bier und Gesang und  
Musikvorträgen am Montag, den 8. Juni, nachmittags  
von 3 Uhr ab im großen Garten der Stadthalle.

## Der Vorstand des Bundes „Saar-Verein“

Der Vorsitzende:

D. Andres,

Oberlandesgerichtsrat.

Der Geschäftsführer:

Th. Vogel,

Verwaltungsdirektor.